
1. Arbeitsliteratur	203
1.1 Vorkurs über Grundbegriffe des Wirtschaftskreislaufes	203
1.2 Methodische Probleme der Darstellung und des Vergleichs	203
2. Allgemeine Problembeschreibung	205
2.1 Lernschritte	205
3. Einführung in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der DDR	206
3.1 Der Wirtschaftskreislauf	206
3.2 Die Investitionen	206
3.3 Grundbegriffe der sozialistischen Volkswirtschaftsrechnung	206
3.4 Einige quantitative Aspekte	207
4. Die geschichtliche Entwicklung bis 1950 und die Ausgangslage	208
4.1 Strukturelle Nachteile	208
4.2 Politisch bedingte Nachteile	208
4.3 Umstrukturierung	209
5. Die wirtschaftliche Entwicklung bis etwa 1965	210
5.1 Demokratischer Zentralismus	210
5.2 „Aufbau des Sozialismus“	210
5.3 Landwirtschaftsreform	210
5.4 Probleme der zentralen Planung	210
6. Grundzüge der Wirtschaftsreform seit 1965	211
6.1 Exkurs: Allokationsprobleme sozialistischer Volkswirtschaften	211
6.2 Die Prinzipien des „Neuen Ökonomischen Systems“ und ihre Weiterentwicklung	213
6.3 Probleme der internationalen Arbeits- teilung	213
7. Zukunftsaussichten der DDR-Wirtschaft	214
7.1 Bewertung des Neuen Ökonomischen Systems	214
7.2 Langfristige Entwicklungsaussichten	214
7.3 Politische Perspektiven	215
7.4 Nachträge	215

1. Arbeitsliteratur

a. ○ [BRÖLL, W.: *Die Wirtschaft der DDR. Lage und Aus-sichten*, München/Wien: Olzog 1970.
LEPTIN, G.: *Die deutsche Wirtschaft nach 1945. Ein Ost-West-Vergleich*, Opladen: Leske 1970.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (Hrsg.): DDR Wirtschaft. Eine Bestandsaufnahme, Frankfurt/Main: Fischer Handbücher Nr. 6259 1974.

Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971/72/74 (erarbeitet durch eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe unter der Leitung von Prof. Dr. P. C. Ludz, vorgelegt durch den Bundeskanzler), *Bundestagsdrucksache VII/1690*, Bonn-Bad Godesberg 1: *Kommissionsverlag Dr. Hans Heger 1971/72/74.*

Die Materialien bilden ein ausgezeichnetes, umfassendes und – da für den interessierten Laien geschrieben – leicht verständliches Anschauungsmaterial zum Vergleich Bundesrepublik Deutschland – DDR. Ihre Brauchbarkeit für das hier vorliegende Modell wird nur dadurch eingeschränkt, daß es die DDR am Entwicklungs-zustand und der gesellschaftlichen Organisation der Bundesrepublik als Bezugspunkt mißt. Auf der anderen Seite enthalten die Materialien außerordentlich umfassende, aktuelle und anderswo gar nicht oder nur sehr verstreut verfügbare Informationen über Wirtschaft und Gesellschaft der DDR. Die Materialien sollten deshalb möglichst von allen Teilnehmern an dem pädagogischen Modell studiert werden, wobei die Auswahl der jeweils relevanten Fragestellungen einerseits durch die im folgenden skizzierten Probleme und andererseits durch den Unterrichtsablauf bestimmt wird.

Überdies können die Materialien auch sehr gut als Grundlektüre für ein pädagogisches Modell „BRD und DDR im Vergleich“ verwendet werden. In diesem Falle müßte lediglich eine Einschränkung des zu behandelnden Materials durch den Dozenten (durch Bildung von Schwerpunkten) vorgenommen werden. Die methodischen Vorbemerkungen zu den Materialien eignen sich auch als didaktische Überlegungen für ein derartiges pädagogisches Modell. Aus diesem Grunde werden Fragen des Systemvergleichs (Bundesrepublik Deutschland – DDR) im folgenden nur beiläufig behandelt; einmal steht in unserem Modell die DDR-Wirtschaft als Untersuchungs-objekt im Vordergrund, und zum anderen werden die auftretenden Vergleichsprobleme in knapper und leicht verständlicher Form in den „Materialien“ erläutert. Für den Fall, daß der Dozent an die Stelle einer vorwiegend „monographischen“ Darstellung der DDR-Wirtschaft Fragen des Vergleichs in den Vordergrund stellt, sollten einige Punkte des Modells „DDR-Wirtschaft“ entsprechend gekürzt werden. Dafür kämen vor allem Spezialprobleme wie Allokationsprobleme in der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland, Einzelheiten des neuen ökonomischen Systems und Besonderheiten der „Nationaleinkommensrechnung“ im Vergleich zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Frage. Es erscheint daher überflüssig, ein gesondertes Modell für den Vergleich der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zu entwickeln; dies kann im Prinzip dadurch gewonnen werden, daß die in den Materialien betonten Vergleichsaspekte stärker gewichtet werden als

die im vorliegenden Modell skizzierten Versuche einer mehr oder weniger isolierten Darstellung des Unter-suchungsobjekts „DDR-Wirtschaft“.

b. ergänzend:

○ [APEL, H.: *Wunder und Wehen der Zonenwirtschaft*, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1966.
Statistisches Jahrbuch der DDR, Berlin (-Ost) (jährlich).
Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutsch-land (jährlich) (Abschnitt DDR)]

c. weiterführend: → (*Deutschlandstudien I*, S. 91 ff.) und die Hinweise im Text.

Für die Behandlung dieses Problemkreises im Deutschlandkundeunterricht ist es wünschenswert, wenn alle Teilnehmer im Besitz der unter a. angegebenen Bü-cher sind und wenn die unter b. genannte Literatur in ei-nem Handapparat für die Seminarteilnehmer verfügbar ist.

1.1 Vorkurs

Ferner ist es empfehlenswert, einen 4–8stündigen Ein-führungskurs über Grundbegriffe des Wirtschaftskreis-laufs und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung voranzuschicken.

Die Behandlung der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR stößt allerdings auf eine prinzipielle Schwierigkeit: Begriffe, Methoden und Abgrenzungen der Volkswirt-schaftlichen Gesamtrechnung in den sozialistischen Län-dern stimmen keineswegs mit den in den westlichen In-dustrielländern üblichen Praktiken überein. Es wäre aber zu aufwendig und zu schwierig, einen Vorkurs in den Methoden und Konzepten der sozialistischen Volkswirt-schaftsrechnung einzuführen. Dieses Modell geht des-halb in erster Linie von westlicher Literatur aus, in der die meisten Größen auf die entsprechenden westlichen Konzepte umgerechnet sind und/oder die Begriffsunter-schiede jeweils in den einzelnen Fällen erläutert werden. Dieses Verfahren hat natürlich erhebliche Meßungenauig-keiten zur Folge, die noch durch relativ spärliche statisti-sche Angaben aus der DDR erhöht werden. Schon aus diesem Grunde, aber auch wegen der prinzipiellen Schwierigkeit eines Vergleichs verschiedener Gesell-schaftssysteme sollte der qualitative Aspekt der behan-delten Problematik (z. B. Hauptschwierigkeiten, Erfolge und Zukunftsaussichten der DDR-Wirtschaft) gegenüber der quantitativen Seite in den Vordergrund gestellt wer-den.

1.2 Methodische Probleme der Darstellung und des Vergleichs

Zur Klärung des methodischen Selbstverständnisses ist es empfehlenswert, der Behandlung von Spezialproblemen im Unterricht noch einige grundsätzliche methodische Erwägungen voranzuschicken, welche die Desiderate ei-ner adäquaten Behandlung des Untersuchungsgegen-standes und die Schwierigkeiten ihrer praktischen Durchführung betreffen. Als erste Einführung in diesen Problemkreis, die weitgehend für das Selbststudium der Studenten in Frage kommt, sei hier empfohlen:

○ [*Materialien zum Bericht zur Lage der Nation* → (1. a.)]

Im Anschluß an diese Lektüre könnten etwa folgende Fragen diskutiert werden:

1. Inwieweit ist eine Isolierung des Erkenntnisobjekts „DDR-Wirtschaft“ möglich,

- a. im Hinblick auf andere Aspekte der DDR (Gesellschaft, Staat, Zusammenhang mit den übrigen sozialistischen Ländern)
- b. im Hinblick auf den Vergleich zur Bundesrepublik (und eventuell weiteren westlichen Ländern)
- c. im Hinblick auf unterschiedliche Ordnungskonzeptionen (freie Marktwirtschaft, gelenkte Marktwirtschaft, jugoslawisches Modell, chinesisches Modell, traditionelles Planungssystem u. a. m.)

Bei der Behandlung dieser Fragen wäre ein wichtiges Lehrziel die Übereinstimmung darüber, daß einerseits derartige Isolierungen nur „relativ“ sein können und immer den Charakter des Vorläufigen und Problematischen haben. Es sollte weiter auf die Schwierigkeiten einer „objektiven“ Darstellung hingewiesen werden, die sich durch die Einordnung der DDR-Wirtschaft in ein bestimmtes Erkenntnismodell ergeben (z. B. wird eine um Objektivität bemühte Darstellung der DDR-Wirtschaft aus liberaler und andererseits aus marxistischer Sicht ganz unterschiedlich ausfallen, nicht nur, was die Gewichtung einzelner Tatbestände und ihre Bewertung, sondern auch, was den Erkenntnisprozeß von vornherein betrifft). Auf der anderen Seite muß im Unterricht klargemacht werden, daß trotz aller Schwierigkeiten und Fragwürdigkeiten derartige Untersuchungen, wenn sie mit der erforderlichen Vorsicht und Umsicht durchgeführt werden, durchaus sinnvoll sind. Es gilt also, einen gewissen Skeptizismus gegenüber den Möglichkeiten objektiver Erkenntnis und Darstellung zu wecken, ohne andererseits in schieren Relativismus und atheoretische Beliebigkeit zu verfallen. Vgl. dazu die Grundhaltung der Autoren der *Materialien* → (1.), den von ihnen vertretenen kritischen Rationalismus“, der trotz seiner Schwächen anderen Denkhaltungen, wie etwa der traditionell liberalen Vorstellung einer ordnungspolitischen Präorientierung, aber auch einer orthodox-marxistischen Betonung der Eigentumsverhältnisse, in vieler Hinsicht überlegen ist. Trotz der Unmöglichkeit, Analyse und Wertung vollständig zu trennen, wie dies etwa Max Weber noch gefordert hatte, bildet der Versuch, mit einem Minimum an Präkonzeptionen und Vorwertungen auszukommen, eine brauchbare Grundlage für eine spätere Bewertung des zuvor möglichst objektiv dargestellten Tatbestandes.

2. Bei der Behandlung der DDR-Wirtschaft treten sprachliche Probleme auf, auf die besonders hinzuweisen ist. Genannt seien hier besonders folgende:
 - a. Gleiche Wörter haben einen unterschiedlichen Sinngehalt (bekannte Beispiele: Frieden, Demokratie); weniger auffällig bei bestimmten wirtschaftlichen Termini wie „Wettbewerb“ (in kapitalistischen Ländern etwa synonym mit Marktkonkurrenz, in der DDR jedoch im Sinne von bilateralem oder multilateralem Leistungswettbewerb ohne eigentliche Konkurrenzbeziehung) oder auch „Rationalität“.
 - b. Annähernd gleiche Tatbestände werden mit unterschiedlichen Vokabeln bezeichnet, so z. B. der Gebrauch des Wortes „Effektivität“ für die in der Bundesrepublik üblichen Begriffe Wirtschaftlichkeit, Effizienz oder Rentabilität oder die Bezeichnung „Wertgesetz“ für die einer Wirtschaft zugrunde liegenden Knappheitsrelationen.
 - c. Besondere Probleme entstehen durch das sog. „Parteichinesisch“, eine in SED- und Regierungskreisen

gebräuchliche hochspezialisierte „Fachsprache“, die einerseits viele in der Alltagssprache nicht übliche Begriffe verwendet (bis hin zu ganzen Wortblöcken wie „staatsmonopolistischer Kapitalismus“ oder „ökonomisches System des Sozialismus“), andererseits werden gebräuchliche Begriffe mit spezieller Bedeutung verwendet. Für die Textinterpretation besonders schwierig ist die eigentlich erforderliche Einordnung offizieller und offiziöser Stellungnahmen in den Rahmen der jeweiligen Partei- und Regierungsdiskussion, das sog. „Lesen zwischen den Zeilen“.

3. Aus den beiden bisherigen Überlegungen läßt sich im Prinzip die Art des Vorgehens in den folgenden Schritten rechtfertigen. Wie bereits erwähnt, wird vorwiegend westliche Literatur zugrunde gelegt. Bereits in der methodischen Vordiskussion sollte auf diese Tatsache hingewiesen und der Versuch unternommen werden, die Textauswahl und die Art der Interpretation mit den oben skizzierten Überlegungen zu begründen. Darüber hinaus muß aber auf die spezifischen Probleme dieses Vorgehens hingewiesen werden.

- a. Oftmals ist die Stoffgliederung, die Kategorienbildung und die Interpretation für Teilaspekte der DDR bestimmt durch den Vergleich mit entsprechenden Sachverhalten in der Bundesrepublik, wobei die Bundesrepublik als Orientierungs- und Bezugspunkt dient. Diese Art der Darstellung erleichtert zwar das Verständnis bestimmter Probleme, insofern es an konkrete Erfahrungen der Studenten aus ihrem eigenen Lebensbereich anknüpft (Bundesrepublik Deutschland bzw. Frankreich), führt andererseits aber zu bestimmten Vorinterpretationen nicht vollkommen vergleichbarer DDR-Tatbestände. Die *Materialien* → (1.) stellen sich konsequent auf diesen Standpunkt: „Bei den Einzelvergleichen ist die DDR immer an der Bundesrepublik gemessen worden, denn der Vergleich ist in der Bundesrepublik und für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erarbeitet worden.“ Einen ähnlichen, aber nicht so explizit herausgearbeiteten Standpunkt vertreten auch die Bücher von Leptin, Bröll und vom DIW, wobei die DIW-Studie einige Fragen der Vergleichbarkeit (z. B. der unterschiedlichen makroökonomischen Größen) sehr gut herausarbeitet.

- b. Auf der anderen Seite lassen sich in vielen DDR-Broschüren und -Büchern Tendenzen feststellen, welche die Möglichkeit eines Vergleichs schlechthin leugnen, indem sie sich ausschließlich auf den grundsätzlichen, qualitativen Unterschied zwischen dem „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ in der Bundesrepublik Deutschland und dem Sozialismus in der DDR stützen. In dieser Position steckt ein gutes Stück Apologetik, da etwa Fragen der Lebensmittel- und Gebrauchsgüterversorgung von der Bevölkerung – ungeachtet der Vorzüge des sozialistischen Gesellschaftssystems in anderer Hinsicht (Erziehungswesen, Gesundheitsversorgung u. ä.) – als durchaus quantifizierbare und vergleichbare Fragestellungen empfunden werden.

- c. Desiderat des Unterrichts müßte es sein, den Problembereich DDR-Wirtschaft als ein eigenständiges Untersuchungsgebiet zu entwickeln und an diesem Untersuchungsgegenstand selbst Methoden und Fragestellungen zu entwickeln. Diese Forderung ist gegenwärtig aus verschiedenen Gründen nicht einlösbar. Der wichtigste

Grund liegt wohl darin, daß bis heute eine Metatheorie über den Aufbau und den Vergleich von Gesellschaftssystemen fehlt. Man sollte aber gerade angesichts derartiger Schwierigkeiten im Unterricht klarmachen, daß die möglichst vorurteilsfreie, ihrer eigenen Fehlerhaftigkeit bewußte Suche nach Informationen und deren adäquate Interpretation die Vorbedingung für wirklich begründete Werturteile bildet. Zugleich darf nicht verschwiegen werden, daß es selbst unter dieser Zielsetzung, in Abhängigkeit von dem jeweils zugrunde gelegten Erkenntnis-konzept, unterschiedliche Auffassungen über den Erkenntnisgegenstand DDR-Wirtschaft geben kann. Auch die Forderung, „nur Tatsachen sprechen zu lassen“, erweist sich hier als trügerisch; denn die Tatsachen erzählen ihre Geschichte nicht, ohne daß sie mit einem gewissen theoretischen Vorverständnis konfrontiert werden.

2. Allgemeine Problembeschreibung

Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftslage der DDR können nicht unabhängig von den anderen Faktoren betrachtet werden, welche die gegenwärtige Situation in Deutschland und speziell in der DDR bestimmen. Gleichwohl erscheint es möglich und sinnvoll, diesen Problembereich vorrangig und weitgehend isoliert vom wirtschaftlichen Aspekt her anzugehen und in der Regel erst in späteren Konkretionsstufen (Einzelschritten des Modells) die mitbestimmenden anderen Faktoren näher zu analysieren. Der beste Beweis für diese These scheinen mir die beiden Bücher von ○ [BRÖLL → (1.) und LEPTIN (1.)] zu sein, in denen der früher vorherrschende ordnungspolitische Ansatz („Zentralverwaltungswirtschaft“, „SED-Staat“, „Totalitarismus“) weitgehend modifiziert wird durch Darstellung der Prozeßpolitik (Planungssystem, Planungsablauf) einerseits und der historischen Entwicklung andererseits. Viele zuvor zufällige oder personenbedingte Veränderungen in der DDR-Wirtschaft erweisen sich auf diesem neuen Hintergrund als durchaus geschichtlich notwendige Stufen der Wirtschaftsentwicklung (so etwa die Wirtschaftsreformen in der DDR, die weniger als Übernahme kapitalistischer Lenkungsmechanismen zu verstehen sind denn als notwendiger Übergang von der extensiven zur intensiven Phase der Wirtschaftsplanung).

Der Literaturstand einerseits, die Komplexität des Themas andererseits und schließlich auch Vorkenntnis und Interesse der Teilnehmer bedingen eine kursorische Behandlung der Problematik unter Betonung der qualitativen Aspekte und unter Setzung weniger Schwerpunkte. Die Auswahl der Schwerpunkte in diesem Modell ist mehr von den persönlichen Interessen des Verfassers bestimmt als durch kaum vorhandene objektive Kriterien. Es können selbstverständlich auch andere Schwerpunkte gebildet werden. Allen Kursen über diese Problematik sollte jedoch eine Einführung in Grundbegriffe und Grundmethoden der Volkswirtschaftsrechnung sowie ein Abriss der historisch-politischen Entwicklung bis etwa 1950 gemeinsam sein.

Ein Mindestprogramm für diese Thematik sollten die folgenden fünf Lernschritte umfassen:

2.1 Lernschritte

2.1.1 Einführung in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung → (Vom Wirtschaftswunder zur Globalsteuerung 4.

jedoch ohne Abschnitt 4.3)

Zeitbedarf: etwa 4–6 Unterrichtsstunden

zusätzlich (fakultativ): Grundbegriffe der sozialistischen Volkswirtschaftsrechnung, Vergleich mit der westlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung → (3.3)

Zeitbedarf: etwa 2–4 Unterrichtsstunden

2.1.2 Die geschichtliche Entwicklung bis 1950, die Ausgangslage

Dieser Lernschritt sollte folgende Fragestellungen behandeln:

- a. die politische Entwicklung bis 1950
- b. die Wirtschaftseinheit Deutschlands, ihre Aufspaltung und die Neuorientierung der Waren- und Kapitalströme
- c. die wirtschaftliche Ausgangssituation, insbesondere

Höhe der Kriegs- und Reparationsverluste, die wirtschaftsgeographischen Daten (Lagerstätten, industrielle Schwerpunkte usw.), Produktionskapital, Bevölkerungsstruktur u. ä.

2.1.3 Die wirtschaftliche Entwicklung bis etwa 1965 Dieser Lernschritt könnte folgende Schwerpunkte umfassen:
a. das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ und seine Verwirklichung in Wirtschaft und Verwaltung
b. Prinzipien und Probleme der zentralen Volkswirtschaftsplanung (alten Typs)
c. die Entwicklung der Landwirtschaft (von der Bodenreform zur Kollektivierung)

2.1.4 Grundzüge der Wirtschaftsreformen seit 1965 Hierbei sollten schweremäßig folgende Fragestellungen behandelt werden:

a. der Zusammenhang zwischen Entwicklungsstand der Volkswirtschaft und den zugrunde liegenden Leitungsmechanismen (extensive-intensive Planung, Notwendigkeit integrierter Planung, fakultativ: (zusätzlich) Allokationsprobleme sozialistischer Volkswirtschaften)
b. die Prinzipien des „Neuen Ökonomischen Systems“ der DDR und ihre Weiterentwicklung
c. Probleme der internationalen Arbeitsteilung und des Außenhandels der DDR (RgW, Westhandel, innerdeutscher Handel)

2.1.5 Zukunftsaussichten der DDR-Wirtschaft Dieser Lernschritt soll, ausgehend von einer qualitativen Analyse der gegenwärtigen Situation, die wichtigsten Probleme der DDR-Wirtschaft für die nächste Zukunft und deren politisch-gesellschaftliche Implikationen herausarbeiten. Dabei erscheinen folgende Fragen besonders wichtig:

a. die wirtschaftliche und politische Stellung der DDR im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
b. der Zusammenhang politischer und wirtschaftlicher Stabilität in der DDR
c. Möglichkeiten der Behebung der Hauptschwierigkeiten in der Wirtschaft: Energieknappheit, Arbeitskräfteknappheit, stärkere Orientierung am Weltmarkt, Unzulänglichkeiten des bestehenden wirtschaftlichen und politischen Leitungsmechanismus, Ausbau des Interzonenhandels

Je nach Intensität der Behandlung benötigt jeder der Lernschritte → (2.1.1–2.1.5) zwischen 4 und 8 Stunden. Der gesamte Zeitbedarf des Modells (ohne Eigenarbeit der Studenten, die vorausgesetzt wird) beträgt also mindestens 20 Lehrstunden. Da ein großer Teil der hier vorgeschlagenen Fragestellungen mehr praktisch-empirischer Art ist, könnte eine Aufteilung des Stoffs in folgender Weise vorgenommen werden: Die mehr theoretischen Probleme (Lenkungsprobleme, theoretische Grundlagen der Wirtschaftsplanung u. ä.) sollten vorrangig im Unterricht behandelt werden, während die empirischen Fragestellungen (wie Wirtschaftsgeographie der DDR, Entwicklung des Außen- und des Interzonenhandels) in Referaten vorwiegend durch die Studenten selbst untersucht werden können. Da fast alle der hier angegebenen Fragestellungen in den beiden Arbeitsbüchern von Leptin und Bröll wenigstens im Ansatz behandelt sind, kann der Unterricht den Schwerpunkt auf die Diskussion und Weiterentwicklung des jeweils zuvor angegebenen Stoffs legen.

3. Einführung in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der DDR

3.1 Der Wirtschaftskreislauf

Obwohl die Nationaleinkommensrechnung der DDR sich in vielfacher Hinsicht von der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, wie sie in den meisten nichtsozialistischen Ländern, insbesondere auch in der Bundesrepublik, angewandt wird, unterscheidet, empfiehlt sich, gerade auch im Hinblick darauf, daß vorwiegend westliche Literatur zugrunde liegt, die Einarbeitung in Begriffe und Konzeptionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Deshalb kann hier → (Vom Wirtschaftswunder zur Globalsteuerung 4.1) unverändert übernommen werden.

3.2 Die Investitionen

Ein fundamentaler Grundsatz marxistischer Wirtschaftstheorie und sozialistischer Wirtschaftspolitik ist die Vorrangigkeit von Investitionen – auch zu Lasten des Konsums – zur Gewährleistung einer hohen Wachstumsrate des Sozialprodukts (in der DDR-Terminologie des Nationalprodukts) oder des Volkseinkommens (bzw. Nationaleinkommens). An die Stelle des Begriffs (Netto-)Investition tritt häufig der Terminus Akkumulation. Der Anteil der Investitionen am Sozialprodukt, die Investitionsquote, heißt dementsprechend auch Akkumulationsquote, und der Zuwachs an Kapitalbestand pro Periode (also das Verhältnis von Investitionen zum Kapitalbestand) heißt Investitionsrate bzw. Akkumulationsrate.

Eine besonders scharfe Ausprägung des Vorrangs der Investitionen vor dem Konsum herrschte während der Stalinära nicht nur in der UdSSR in Form des „Primats der Schwerindustrie“ gegenüber den anderen Industrien. Inzwischen ist dieses Prinzip aber gemildert worden → (5. und 6.).

Zu den einzelnen Begriffen siehe → (Vom Wirtschaftswunder zur Globalsteuerung 4.2).

3.3 Grundbegriffe der sozialistischen Volkswirtschaftsrechnung (Nationaleinkommensrechnung)

Zu diesem fakultativen, aber dringend empfohlenen Lernschritt ist folgende Literatur nützlich:

○ [Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (Hrsg.): → (1.), insbesondere Abschnitt 2 (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung).

SCHINK, A., MEINER, K., JOHN, H.: *Nationaleinkommen und Staatshaushalt der DDR. Programmierter Lehrheft für das Unterrichtsfach Ökonomie, Berlin(-Ost): Verlag Die Wirtschaft 1969.*

NUTZINGER, H. G.: *Artikel „Kreislauf“, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Band 3, Freiburg i. B.: Herder Verlag 1969.* Das zu behandelnde Grundproblem besteht einerseits in der Klarlegung der methodologischen und begrifflichen Unterschiede zwischen (westlicher) Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung und (östlicher) Nationaleinkommensrechnung, andererseits in der Darstellung von Parallelen und der Möglichkeiten der Vergleichsbarmachung zwischen den beiden volkswirtschaftlichen Rechnungssystemen. Zu vermeiden ist dabei unbedingt die Fixierung technischer Details in den Konzepten, Abgrenzungen und Berechnungsmethoden; Lernziel ist vielmehr die Problematisierung des statistischen West-Ost-Vergleichs.

Den statistisch-methodologischen Differenzen liegen dabei Unterschiede in den wirtschaftstheoretischen Betrachtungsweisen zugrunde. Dieser Umstand erschwert eine volle Diskussion der genannten Fragestellung; die wichtigsten zugrunde liegenden theoretischen Differenzen seien hier deshalb nur kurz angedeutet.

Die (westliche) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung geht bei der Aggregation von Gütern und Dienstleistungen grundsätzlich von deren Bewertung auf dem Markt (zu Marktpreisen) aus; wo Marktpreise nicht vorliegen – z. B. bei Eigenverwendung von Gütern (wie Eigenheim, Eigenverbrauch in der Landwirtschaft usw.) oder bei vielen staatlichen Dienstleistungen – werden an den Marktpreisen orientierte Schätzwerte eingesetzt oder die Bewertung von der Kostenseite her vorgenommen (also beispielsweise eine Schätzmiete für Eigenheimbewohner oder die Messung staatlicher Dienstleistungen durch die Löhne und Gehälter der beim Staat Beschäftigten).

Die (östliche) Nationaleinkommensrechnung dagegen bewertet Güter und Dienstleistungen zu den geltenden Planpreisen und bereinigt diese nicht um die in den Preisen enthaltenen indirekten Steuern bzw. Subventionen (sog. Bewertung zu Faktorkosten in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung). In dieser Praxis zeigt sich unter anderem die aktive Rolle, die der Staat in der DDR-Wirtschaft innehat, während die Bewertung zu Faktorkosten in der VGR eine passive Funktion des Staates im Wirtschaftsleben impliziert. Zieht man nämlich die indirekten Steuern (pro Stück) von den Marktpreisen ab und addiert man die Subventionen (pro Stück) hinzu, so erhält man im Prinzip diejenigen Preise, die sich ohne staatliche Intervention ergäben. In der DDR ist der Staat selbst das wichtigste Wirtschaftssubjekt; seine Maßnahmen enthalten zugleich immer auch in der Tendenz ökonomische Handlungen, und deswegen haben auch die indirekten Steuern bzw. Subventionen eine andere Bedeutung als in bürgerlich-demokratischen Staaten wie der Bundesrepublik Deutschland.

Wichtiger jedoch ist die Abgrenzung derjenigen Güter und Dienstleistungen, die als Komponenten in das Sozialprodukt (Nationalprodukt) eingehen sollen. Die VGR zählt dazu alle produzierten und abgesetzten Endprodukte (einschließlich Investitionsgüter). Die Nationaleinkommensrechnung dagegen hebt ab auf die (auf Karl Marx zurückgehende) Unterscheidung zwischen produktiven und nichtproduktiven (nichtproduzierenden) Bereichen. Diese Unterscheidung ist im einzelnen sehr kompliziert (und umstritten). Generell werden als nicht produktiv oder nichtproduzierend die meisten privaten und öffentlichen Dienstleistungen aus der Nationalproduktsberechnung ausgeschlossen (z. B. Banken, Versicherungen, staatliche Verwaltung). Dies Verfahren bedeutet nicht notwendig, daß das so berechnete Nationalprodukt niedriger liegt als das westliche Sozialprodukt; denn in den Beiträgen der produktiven (produzierenden) Bereiche sind meist Vorleistungen aus dem Dienstleistungs- und dem Staatssektor enthalten, die dann nicht vom Produktwert abgezogen werden können. Es ergibt sich also eine Verschiebung gegenüber der VGR: Die Beiträge der produzierenden Bereiche werden höher und die der Dienstleistungsbereiche werden niedriger ausgewiesen,

als es nach dem westlichen Berechnungsverfahren der Fall wäre.

Die folgende Abbildung zeigt schematisch den Inhalt und die Beziehungen der wichtigsten Begriffe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Nationaleinkommensrechnung: Tabelle 1 (Seite 216).

Diese fundamentalen Unterschiede in der Erfassung des Sozialprodukts (Nationalprodukts) von seiner Entstehungsseite her führen zu erheblichen Schwierigkeiten im Vergleich, die besonders gravierend sind, wenn man den Anteil der verschiedenen Bereiche am Sozialprodukt (Nationalprodukt) erfassen will.

Aber auch in der Verwendungsseite gibt es wesentliche Differenzen. Bei der Abgrenzung zwischen privatem und öffentlichem Verbrauch gliedert die VGR nach dem Käufer, die Nationaleinkommensrechnung nach dem Verwender. Falls nicht gleichzeitig Käufer und Verwender private Haushalte sind, kommt es zu einer unterschiedlichen Erfassung (z. B. Heilmittel in Kliniken).

3.4 Einige quantitative Aspekte

○ [Dazu folgende Lektüre:

1. *DIW (Hrsg.):* → (1.), Abschnitte 2 und 3 sowie die Tabellen des Anhangs.
2. *BRÖLL, W.:* → (1.), S. 143 ff.
3. *Materialien 71* → (1.), insbesondere Kap. II. 1. (S. 26 ff.), sowie die methodischen Hinweise in Kap. II.3. (S. 45 f.)
4. *Freiburg i. B.: Herder Verlag 1972* (insbesondere Abschnitt III.)
5. ergänzend: *NUTZINGER, H. G.: Artikel „Sozialistisches Unternehmen“, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. 4, Freiburg i. B.: Herder Verlag 1972* (insbesondere Abschnitt III.)

Unter dem Gesichtspunkt des zugrunde gelegten Allokationsmechanismus (d. h. der Gesamtheit aller Institutionen und Regeln, welche den Einsatz der Faktoren und die Verteilung der Güter bestimmen) ist die Wirtschaft der DDR als eine vorwiegend zentral geplante Wirtschaft mit beschränkter Autonomie der Teilbereiche (Sektoren, Betriebe, Haushalte und Gebietskörperschaften) aufzufassen; nach den Eigentumsverhältnissen bei den Produktionsmitteln ist sie als überwiegend sozialisierte bzw. sozialistische Volkswirtschaft zu betrachten. Das zeigt sich schon in den Anteilen, welche die verschiedenen Eigentumsformen in den einzelnen Branchen zum Sozialprodukt beitragen: Tabelle 2 (Seite 216).

Größere Verschiebungen hat es seit 1963 nur im Bereich des Handwerks gegeben, wo die Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) einen Anteil von rd. 48 % (1969) erreicht haben. Von der Industrieproduktion 1968 entfielen rd. 86 % auf staatliche (volkseigene) Betriebe, 2 % auf genossenschaftliche Betriebe, 10 % auf halbstaatliche Unternehmen (mindestens 50 %ige Kapitalbeteiligung des Staates, meist in der Form einer Kommanditgesellschaft, in die der Staat als Kommanditist eintritt; ferner in der Form der Offenen Handelsgesellschaft), und nur noch etwa 2 % auf rein private Industriebetriebe.

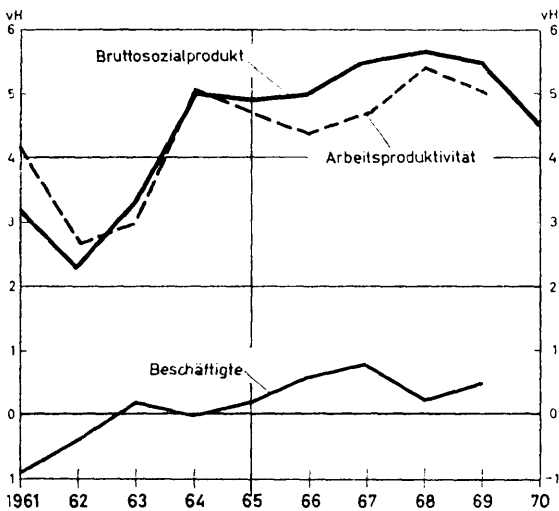
Der Anteil der verschiedenen Wirtschaftsbereiche am

Aufkommen des Sozialprodukts für die Jahre 1960, 1965 und 1969 zeigen — mit Ausnahme des Dienstleistungssektors — eine ähnliche Höhe und Tendenz wie in der Bundesrepublik Deutschland: Tabelle 3 (Seite 216).

Entgegen einer weitverbreiteten Auffassung lag bisher der Anteil der Brutto-Anlageinvestitionen am Brutto-Sozialprodukt (BSP), die sog. Investitionsquote, in der DDR mit 18 bis 23% (1960–1970) unter der durchschnittlichen Investitionsquote der Bundesrepublik Deutschland in diesem Zeitraum (24,5%). Die daraus resultierende niedrigere Arbeitsproduktivität wurde zudem negativ durch den Umstand beeinflusst, daß bis Mitte der 60er Jahre (Preisreformen im Neuen Ökonomischen System/NÖS) der Einsatz der Investitionsmittel infolge der durch Subventionen und Steuern verzerrten Preisstruktur nicht immer effizient war. Tabelle 4 zeigt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, der Beschäftigung und des Brutto-Sozialprodukts; dabei wird der positive Effekt der Wirtschaftsreformen seit 1963 besonders augenfällig → (vgl. dazu im einzelnen Abschn. 6. unten).

Tabelle 4

JÄHRLICHER ZUWACHS DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS, DER BESCHÄFTIGUNG UND DER ARBEITSPRODUKTIVITÄT



○ [Quelle: DIW → (1.), S. 98]

4. Die geschichtliche Entwicklung bis 1950 und die Ausgangslage

○ [Hierzu wird folgende Literatur empfohlen:
LEPTIN, G.: → (1.), Abschn. A, B.I.2., B.II.3., C.I., C.II.
BRÖLL, W.: → (1.), Abschn. II. *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (Hrsg.):* → (1.), Abschn. I.
APEL, H.: → (1.) (insbesondere die Untersuchungen über die Reparationsleistungen der DDR). Ergänzend: Zur Frage des Interzonenhandels:
HOFFMANN, E.: *Die Zerstörung der deutschen Wirtschaftseinheit. Interzonenhandel und Wiedervereinigung, Hamburg: Holstenverlag 1964, sowie*
PRITZEL, K.: *Die Wirtschaftsintegration Mitteldeutschlands, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1969* (insbesondere Abschnitt I des ersten Teils);
Materialien 71 → (1.), insbesondere Kap. IV, S. 71 ff.).

Dieser deskriptiv-historische Lernschritt ist in der Literatur gut dokumentiert und kann weitgehend in Eigenarbeit des Studenten erfolgen. Deshalb sind hier nur einige Hinweise für Diskussionsschwerpunkte im Unterricht angeführt.

Zwar kann man in grober Annäherung davon ausgehen, daß bei Ende des Zweiten Weltkrieges die industriellen Kapazitätsverluste durch Kriegseinwirkungen in beiden Teilen Deutschlands etwa gleich groß waren. Folgende Faktoren bewirkten aber eine wesentlich ungünstigere Ausgangssituation für die Entwicklung der DDR-Wirtschaft im Vergleich mit der BRD.

4.1 Strukturelle Nachteile

Strukturelle Nachteile der DDR-Wirtschaft durch die Spaltung des zuvor einheitlichen deutschen Wirtschaftsraums, vor allem

- Abschneidung der DDR von ihrer traditionellen Rohstoffbasis im Osten (Schlesien) und Westen (Ruhrgebiet); unzureichende Bodenschätze (einzige bedeutende Ausnahme: Braunkohle, die als internationales Kuriosum bis heute die Hauptenergiequelle der DDR-Wirtschaft bildet);
- Verlust der traditionellen Absatz- und Beschaffungsgebiete für Halb- und Fertigwaren, die sich für den relativ kleineren Wirtschaftsraum der DDR stärker auswirkte als für den größeren der Bundesrepublik Deutschland;
- Umorientierung der Verkehrsverbindungen (Straße, Schiene, Wasser) von Ost-West- auf Nord-Süd-Richtung.

4.2 Politisch bedingte Nachteile

Politisch bedingte Nachteile der DDR-Wirtschaft, insbesondere durch Maßnahmen der Sowjetunion. Dazu gehören vor allem

- Kriegsfolgelasten der DDR (Kriegsschäden, Demontagen, Besatzungskosten u. ä.) durch ungleich höhere Beanspruchung der DDR-Wirtschaft von seiten der sowjetischen Besatzungsmacht. Für den Zeitraum 1945–1950 errechnet Apel → (1.) (S. 66 ff.) einen Gesamtnachteil der DDR von 47 Milliarden Mark, während nach denselben Berechnungen die Bundesrepublik Deutschland infolge des Marshall-Planes sogar noch einen Gewinn von netto 7,9 Mrd. Mark erzielen kann. Auch für den Zeitraum 1951–1961 ergeben sich noch netto 13,2 Mrd. Mark kriegsbedingte Verluste für die DDR;
- Verlust qualifizierter Fachkräfte in Wirtschaft und Ver-

waltung infolge der Sozialisierungsmaßnahmen seit 1945, aber auch wegen des unterschiedlichen Lebensstandards.

Zur Veranschaulichung der komparativen Vorteile der Bundesrepublik nach dem Kriege im Vergleich zur DDR dient Tabelle 4 a, die auf den – notwendig ungefähren – Berechnungen des deutsch-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Hans Apel beruht: Tabelle 4 a (Seite 217).

Die Schwierigkeiten der Energie-Erzeugung in der DDR lassen sich exemplarisch am Beispiel der Energieträger für die Erzeugung von elektrischem Strom veranschaulichen: Noch immer werden über 80 % der Elektroenergie auf Braunkohlebasis erzeugt. Die in den letzten Wintern bekannt gewordenen Stromknappheiten und -ausfälle beruhen auf dieser Abhängigkeit. Dazu vgl. Tabelle 4 b (Seite 217).

Ein weiteres Problem der DDR-Wirtschaft besteht in der Arbeitskräfteknappheit seit etwa Mitte der fünfziger Jahre, die nicht nur mit der Übersiedlung von ca. 3 Mill. Menschen in die Bundesrepublik Deutschland und das westliche Ausland, sondern auch mit der kriegsbedingt ungünstigen Altersstruktur zusammenhängt. Auch nach der endgültigen Absperrung der Grenze (mit Ausnahme für Rentner seit 1965) im Jahre 1961 verschlechterte sich der Altersaufbau weiter: Tabelle 4 c (Seite 218).

4.3 Umstrukturierung

Infolge des kriegs- und nachkriegsbedingten Kapitalmangels in der DDR konnte auch die strukturell ungünstige Verkehrssituation → (4. 1) nicht wesentlich durch Bau- und Ausbautätigkeit erweitert werden. Nur wenige größere Einzelprojekte (Rostock, Umgebung Westberlins) wurden durchgeführt. Auch die Elektrifizierung des Eisenbahnnetzes schreitet nur sehr langsam voran. Inzwischen ist aber – unter ökonomisch günstigeren Bedingungen – die Verbesserung der Infrastruktur als ein wesentliches Ziel in den neuen Perspektivplan ab 1970 aufgenommen worden → (7.).

Neben der Umstrukturierung der Verkehrswege mußte auch die überkommene Industriestruktur des DDR-Wirtschaftsraumes den neuen Gegebenheiten angepaßt werden. Der Mangel an Bodenschätzen in Mitteldeutschland, insbesondere an Eisenerzen und Steinkohle, hatte vor dem 2. Weltkrieg zwar nicht die industrielle Entwicklung dieses Raumes verhindert, seine Struktur aber in arbeitsteiliger Spezialisierung mit den Gebieten West- und Ostdeutschlands geprägt: im Bereich der DDR herrschte die verarbeitende Industrie vor, die Grundstoffe wurden vorwiegend aus West- und Ostdeutschland bezogen. Bedeutend waren lediglich die Braunkohle-, Steinsalz- und Kalisalzvorräte. Diese Disproportion zwischen entwickelter verarbeitender Industrie und nahezu fehlender Grundstoffindustrie mußte teils durch teure Fremdlieferungen, vor allem aus der Sowjetunion, teils durch den Aufbau einer eigenen Grundstoffindustrie langfristig beseitigt werden. So besaß die DDR 1949 nur vier überdies veraltete Hochöfen und kein einziges Stahl- und Walzwerk. Der strukturelle Vorteil der BRD bestand im Vergleich dazu in reichlichen Bodenschätzen und einer entwickelten Grundstoff- und verarbeitenden Industrie. Die folgende Abbildung zeigt eine Lageskizze ausgewählter Bodenschätze der DDR: Abbildung 1 (Seite 219).

○ [Quelle: *DIW (Hrsg.):* → (1.), S. 28.]

Vorschlag zur Selbstarbeit des Studenten: Anhand einer geographischen oder politischen Karte der DDR die wichtigsten Verkehrsverbindungen (schiffbare Flüsse, Kanäle, Autobahnen, Hauptstraßen, Eisenbahnen und Luftlinien) aufzeichnen. Dabei kann die Umstrukturierung der Hauptverkehrsrichtung von West-Ost nach Nord-Süd dargestellt werden und festgehalten werden, welche wichtigen Ost-West-Verbindungen durch die Spaltung Deutschlands ausgefallen sind. Daran anschließend kann eine Diskussion über die daraus resultierenden ökonomischen Konsequenzen (Transportumwege, Zerschneidung von lokalen Wirtschaftsgebieten wie z. B. des braunschweigischen Braunkohletagebaues oder der oberfränkisch-thüringischen Industrie) veranstaltet werden.

Zur Veranschaulichung dieser Arbeit, die zugleich zur Orientierung des Studenten über wichtige geographische Gegebenheiten der DDR dienen soll und die deshalb in einem Maßstab von etwa 1:2 Mill. angefertigt werden sollte, werden hier 4 Skizzen der wichtigsten Verkehrswege wiedergegeben: Abbildungen 2–5 (Seiten 220–223).

○ [Quelle: *DIW (Hrsg.):* → (1.), S. 49 u. 51.]

Auffällig bei der Betrachtung des grenzüberschreitenden Verkehrs ist die Tatsache, daß auch zu den beiden sozialistischen Anliegerstaaten Tschechoslowakei und Polen starke Beschränkungen bestehen (im Vergleich zur Vorkriegszeit; zur CSSR bestehen nur 2 Eisenbahn- und 3 Straßenverbindungen, nach Polen 2 Eisenbahn-Personenverkehrs- und 8 Eisenbahn-Güterverkehrsverbindungen sowie 3 Straßenverbindungen).

Ähnlich ist die Situation bei den Schifffahrtswegen. Das bestehende Kanalsystem ist in Ost-West-Richtung orientiert und wegen der innerdeutschen Handelsbeschränkungen nur zu etwa 50 % ausgelastet (einschließlich Westberlin-Verkehr). Wegen der hohen Kosten ist bisher das Wasserstraßennetz in Nord-Süd-Richtung kaum ausgebaut worden; die auch für Seeschiffe befahrbare Elbe wird in ihrer Bedeutung für den DDR-Verkehr dadurch reduziert, daß ihr Endhafen (Hamburg) in der Bundesrepublik Deutschland liegt. Auch die Oder ist nur in ihrem – überwiegend polnischen – Unterlauf für größere Schiffe benutzbar. Dagegen ist durch den Ausbau von Rostock ein leistungsfähiger Seehafen für die DDR entstanden. Das internationale Flugstreckennetz der DDR-Gesellschaft Interflug ist noch sehr beschränkt und vorwiegend auf Ostblock-Verkehr ausgerichtet. Neben dem Zentralflughafen Berlin-Schönefeld haben Dresden und Leipzig fast nur regionale Bedeutung.

○ [Quelle: *DIW (Hrsg.):* → (1.), S. 53/54.]

Die wirtschaftliche Entwicklung der DDR

5. Wirtschaftliche Entwicklung bis 1965
 - 5.1 Demokratischer Zentralismus
 - 5.2 „Aufbau des Sozialismus“
 - 5.3 Landwirtschaftsreform
 - 5.4 Probleme zentraler Planung

5. Die wirtschaftliche Entwicklung bis etwa 1965

- [LEPTIN, G.: → (1.), insbesondere Abschn. B.II.3., B.II.4., C.III.;
BRÖLL, W.: → (1.), insbesondere Abschn. IX;
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin
(Hrsg.): → (1.), Abschn. 121, 1142 und passim.
PRITZEL, K.: → (4.), Abschn. II.
Materialien 71 → (1.), insbesondere Kap. III (S. 49 ff.)]

Auch dieser Abschnitt ist in der Literatur gut ausgewiesen und wird meist institutionell und/oder historisch-deskriptiv behandelt. Auch hier kann sich die Behandlung im Unterricht auf die Diskussion einzelner Probleme konzentrieren. Dafür werden im folgenden einige Hinweise gegeben.

5.1 Demokratischer Zentralismus

Das Prinzip des demokratischen Zentralismus kennzeichnet die Organisation von Wirtschaft und Verwaltung in der DDR weitgehend nach sowjetischem Vorbild. Parallel zu einem zentralistisch aufgebauten Staatsapparat (Abschaffung der Länder 1951) entsteht ein ähnlich strukturierter zentraler Planungsapparat (erster Fünfjahresplan 1951).

5.2 „Aufbau des Sozialismus“

Die „antifaschistisch-demokratische“ Nachkriegsphase wird abgelöst durch die Etappe „Aufbau des Sozialismus“; der Anteil des privaten Sektors wird systematisch reduziert. Der noch bestehende kleine Grenzverkehr zur Bundesrepublik hin wird praktisch abgeschafft. Dadurch entstehen Strukturprobleme in den Grenzgebieten (1952).

5.3. Landwirtschaftsreform

Nach der Bodenreform von 1946, die allen Großgrundbesitz über 100 ha entschädigungslos enteignete und das so gewonnene Land zu $\frac{2}{3}$ an landlose Bauern und Umsiedler verteilte, entstanden teilweise unwirtschaftlich kleine landwirtschaftliche Betriebe. Seit Beginn der 50er Jahre wird u. a. auch deshalb der freiwillige Zusammenschluß von Bauern in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften propagiert. Aber erst die intensiven Kollektivierungskampagne der Jahre 1959–60 führt zu einer weitgehenden (86 %) produktionsgenossenschaftlichen Organisation der Landwirtschaft.

5.4 Probleme der zentralen Planung

Der zentrale Planungsapparat, der seit 1946 aufgebaut worden war und seit 1949 alle wichtigen Entscheidungen in der Volkswirtschaft durch direkte administrative Lenkung (d. h. durch Festsetzung von Mengen und Preisen) traf, erwies sich mit zunehmender technologischer Entwicklung und Komplexität der Wirtschaftsbeziehungen als immer weniger geeignet. Diese Gefahr war bereits Mitte der 50er Jahre von führenden DDR-Ökonomen wie Fritz Behrens und Arne Benary gesehen worden; ihre damaligen Vorschläge, wirtschaftliche Entscheidungen teilweise zu dezentralisieren (durch Einführung von Marktbeziehungen für bestimmte Güter) und ökonomisch zu stimulieren (durch leistungsbezogene Entlohnung und Prämien) konnten sich aufgrund der immer noch hohen

Wachstumsraten, die das alte Planungssystem damals noch lieferte, aber auch wegen politischer und bürokratischer Widerstände nicht durchsetzen. Erst das Scheitern des 1. Siebenjahrplanes (1959–65) und politisch-ökonomische Signale aus der Sowjetunion (Lieberman Artikel in der *Prawda* vom 9. 9. 62) schufen die Bedingungen für eine teilweise Dezentralisierung der Entscheidungen im „Neuen Ökonomischen System“ der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖS), das bereits um die Jahreswende 1962/63 in einigen ausgewählten Bereichen erprobt wurde. Später wurde das NÖS mit mehrfachen Modifikationen und Änderungen auf die gesamte Wirtschaft ausgedehnt.

6. Grundzüge der Wirtschaftsreform seit 1965

Die Krise des traditionellen Planungssystems zeigte sich seit etwa 1959 in einem scharfen Rückgang der Wachstumsraten des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und seiner einzelnen Komponenten. Dabei ist vor allem die Verlangsamung der Investitionstätigkeit – die für die langfristigen Wachstumschancen besonders wichtig ist – bemerkenswert. Tabelle 5 zeigt die Entwicklung der Wachstumsraten im Zeitraum des Übergangs vom traditionellen zum reformierten Planungssystem.

Tabelle 5 (Seite 224).

Infolge der krisenhaften Stagnationen wurde der 1959 verkündete Siebenjahresplan, der zum Ziel hatte, die Bundesrepublik im Lebensstandard einzuholen und zu überholen, faktisch aufgegeben. Die in ihm formulierten Ziele konnten zu keinem Zeitpunkt auch nur annähernd erreicht werden. Die folgende Tab. 6 gibt einen Überblick über Soll- und Ist-Zahlen der langfristigen Pläne seit 1951.

○ [Literaturhinweise zum Neuen Ökonomischen System: BRÖLL, W.: → (1.), insbesondere Abschn. 7.

LEPTIN, G.: → (1.), insbesondere Abschn. B.II.4.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (Hrsg.): → (1.), insbesondere Abschn. I.2.

BAUMANN, M.: *Das Neue Ökonomische System der DDR von 1963 und seine bisherige Weiterentwicklung* (Diplomarbeit), Heidelberg 1971.

Ergänzend: *Autorenkollektiv: Politische Ökonomie des Sozialismus und ihrer Anwendung in der DDR, Textbuch, Berlin(-Ost): Verlag Die Wirtschaft, 1969* (Tafelwerk 1971). KINZE, H.-H. u. a.: Weiterführend: *Volkswirtschaftsplanung. Ausgewählte Studentexte, Berlin(-Ost): Verlag Die Wirtschaft 1971.*

THAMM, J.: *Zur Modellierung betrieblicher Reproduktionssysteme, Berlin(-Ost): Verlag Die Wirtschaft 1969.*

Tabelle 6 (Seite 224).

Wichtigstes Dokument für die Einführung und Durchführung der Wirtschaftsreformen in der DDR ist die „Richtlinie zum Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ vom 11. 7. 1963. Zwar enthält die „Richtlinie“ eine ganze Anzahl von Verbesserungsvorschlägen und organisatorischer Maßnahmen, ist aber wichtiger wegen der allgemeinen Programmatik über Ziele und Mittel der Wirtschaftsreform.

Für eine etwas eingehendere Behandlung der Wirtschaftsreformen in der DDR wird ein Studium des Originaltextes durch die Studenten und die Besprechung des Inhalts im Unterricht vorgeschlagen. Der Text der „Richtlinie“ ist abgedruckt in: ○ [SCHENK, F.: *Das rote Wirtschaftswunder. Die zentrale Planwirtschaft als Machtmittel der SED-Politik (Zeitpolitische Schriftenreihe 3)*, Stuttgart: Seewald Verlag 1969, S. 126 ff.] Sprachanalytisch interessant ist dabei die Aufgabe für den Dozenten, den eigentlichen Kern der Aussage aus einer Zusammenstellung weitgehend fixierter Begriffe und Wortblöcke („Versatzstücke“), dem sog. „Parteichinesisch“, herauszuarbeiten. Auffällig ist dabei nämlich, daß die Aussagen über einzelne wirtschaftliche Probleme relativ klar formuliert sind, während die Einordnung der Reformen in den Gesamtzusammenhang der Gesellschaft – mindestens sprachlich – verschwommen erscheint.

Ein besonders wichtiger Aspekt der organisatorischen Veränderungen im Zuge der Wirtschaftsreformen ist die Veränderung des Leitungsaufbaues der Industrie. Abbildung 6 gibt eine schematische Darstellung: Abbildung 6 (Seite 225).

Eine wichtige Ergänzung dieses Schemas bildet die sog. „Erzeugnisgruppenarbeit“. Sie beruht auf freiwilliger Zusammenarbeit von Industriebetrieben gleicher oder unterschiedlicher Unterstellungsverhältnisse und Eigentumsformen unter der Führung eines Leitbetriebes oder einer VVB (= Vereinigung Volkseigener Betriebe) und dient der Zusammenfassung von Lieferanten, auch verschiedener Zweige, für besonders wichtige, z. B. weltmarktfähige Erzeugnisse.

Für eine eingehende Behandlung der Wirtschaftsreformen (NÖS und Nachfolger) ist es empfehlenswert, die dabei auftretende, anfänglich etwas verwirrende Terminologie anhand einschlägiger Wörterbücher durchzuarbeiten. Dafür werden folgende Werke empfohlen:

○ [Ökonomisches Lexikon, 2 Bde., Berlin(-Ost): Verlag Die Wirtschaft 1967, 2. Aufl. 1971.

Wörterbuch der Ökonomie – Sozialismus, Berlin(-Ost): Dietz Verlag 1969.

Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin(-Ost): Dietz Verlag 1969.]

Eine knappere Behandlung des Problemkreises „Wirtschaftsreformen“ legt am besten den Abschn. 7 von

○ [BRÖLL, W.: → (1.)] zugrunde und ergänzt diese Darstellung mit Materialien aus dem DIW-Buch über die DDR-Wirtschaft. Die Behandlung der Wirtschaftsreformen muß – angesichts der Bedeutung und der Schwierigkeit der Fragenstellung – vorrangig im Unterricht erfolgen. Dafür werden im folgenden einige Hinweise gegeben:

Im Gegensatz zur traditionellen Literatur ordoliberalen ○ [EUCKEN, W., u. HENSEL, K. P. (Hrsg.): *Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen: J. C. B. Mohr Verlag, 4. Aufl. 1968.*

und auch orthodox-marxistischen Ursprungs ist – logisch – strikt zu trennen zwischen den einer Gesellschaft zugrunde liegenden Eigentumsverhältnissen (privat, genossenschaftlich, staatlich usw.) und den Allokations- und Verteilungsmechanismen (Marktbeziehungen, verschiedene Formen der Planung, Zuteilung und Rationierung). Zwar verbindet Marx in seinen wenigen Äußerungen über sozialistische Gesellschaften mit diesen eine Aufhebung des auf kapitalistischen Ware-Geld-Beziehungen basierenden Warenfetischismus durch gesamtgesellschaftliche Planung; in der Realität (Jugoslawien, z. T. auch Ungarn) bedienen sich auch sozialistische Volkswirtschaften des Marktes als Lenkungsinstrument, während umgekehrt auch in kapitalistischen Gesellschaften im zunehmenden Maße Planungsmethoden verwendet werden (sei es in Form kriegswirtschaftlicher Planung, sei es als „indikative Planung“, wie z. B. der französischen Planification).

6.1 Exkurs (fakultativ): Allokationsprobleme sozialistischer Volkswirtschaften

Eine mißbräuchliche Verwendung der Marxschen Arbeitswertlehre – wonach der Wert der Waren bestimmt wird durch das in ihnen enthaltene Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit – als Grundlage für die Preisplanung

und noch mehr ein wirtschaftspolitischer Voluntarismus, der als Vorzug des Sozialismus die Möglichkeit der Hinwegsetzung über die Prinzipien ökonomischer Rationalität und gesellschaftlicher Knappheit ansah und anwandte, hatte zu schwerwiegenden Verschiebungen der Preisstruktur und zu einem unübersichtlicheren System von Subventionen und Steuern geführt. Folge dieser Praxis war der oft ineffiziente Einsatz knapper Mittel (z. B. der Investitionen). In der Erwartung, damit die sozialistische Akkumulationsrate zu erhöhen, wurden Rohstoffe und Investitionsgüter künstlich verbilligt, während Fertigprodukte und insbesondere Konsumgüter (mit Ausnahme von Grundnahrungsmitteln und Mieten) dementsprechend verteuert wurden. Da das so gewonnene Preissystem die gesellschaftlichen Knappheiten der Güter nicht mehr richtig widerspiegelte, mußte es zu einer wenig wirtschaftlichen Verwendung und Verteilung von Gütern kommen.

Ein zweites, auch nach den Preisreformen der Jahre 1963–1966 nicht hinreichend gelöstes Problem besteht in den Beziehungen zwischen Mengenplanung (Festsetzung der Bezugs- und Produktionsmengen), Preisplanung (Festsetzung der Preise für Vor- und Endprodukte) und Finanzplanung (Zuweisung von Geld- und Kreditmitteln). Wirtschaftstheoretisch von entscheidender Bedeutung ist dabei das Prinzip der Dualität zwischen den Mengen und den Preisen optimaler Pläne. Wirtschaftspolitisch bedeutet dies, daß – jedenfalls in Optimalplänen – Preise und Mengen nicht unabhängig voneinander bestimmt werden dürfen, sondern in einem simultanen Prozeß zu ermitteln sind. Damit wird die von bürgerlichen Ökonomen entwickelte Theorie des allgemeinen Gleichgewichts (Walras, Debreu u. a.) zu einer wichtigen Grundlage der Planarbeit. Die zusätzlich dabei auftretenden Informationsprobleme und die Fragen der Abstimmung einzelner Teilbereiche aufeinander (z. B. kurzfristige-langfristige, regionale-sektorale, zentrale-betriebliche Planung) sind bis heute noch nicht zufriedenstellend gelöst. Ähnliche Probleme ergeben sich übrigens auch bei der Abstimmung einzelwirtschaftlicher Entscheidungen durch Märkte und Vertragsbeziehungen in westlichen Ländern.

Die hier kurz angesprochene Problematik ist übrigens in der DDR schon recht früh erkannt worden; zur Formulierung und Lösung dieser Informations- und Abstimmungsprobleme wurde dort die kybernetische Betrachtungsweise propagiert und z. T. schon erfolgreich angewendet.

○ [KLAUS, G.: *Lexikon der Kybernetik, Berlin(-Ost): Dietz Verlag, 1968; Frankfurt/M.: Fischer-Bücherei 1970.*

LANGE, O.: *Einführung in die ökonomische Kybernetik, Berlin(-Ost): Akademie-Verlag 1969.]*

Die Bereinigung der Preisstruktur und insbesondere die „Einführung einer Produktionsfondsabgabe“ (eines Zinses) für die Nutzung von Kapital und Kreditmitteln dienten der Ermöglichung eines ökonomischen Kalküls. Da aber in der DDR-Wirtschaft sowohl die sozialistischen Eigentumsverhältnisse wie auch der Primat der zentralen Planung auch nach den Wirtschaftsreformen erhalten blieben, wäre es vollkommen falsch, hier von der Einführung kapitalistischer Prinzipien zu sprechen. Vielmehr handelt es sich dabei um weitgehend systemindifferente Gesetzmäßigkeiten arbeitsteiliger Wirtschaften. Allerdings

ist die Einführung ökonomischer Stimuli in gewisser Weise das Eingeständnis der Tatsache, daß im gegenwärtigen Entwicklungszustand private und gesellschaftliche Interessen auseinanderfallen und daß deshalb individuelle Spontaneität und gesellschaftliche Bewußtheit über ein System ökonomischer Hebel vermittelt werden müssen. In Anerkennung dieser Tatsache wird jetzt in der DDR der Sozialismus als relativ selbständige und länger dauernde Gesellschaftsformation gegenüber dem Kommunismus abgegrenzt. Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß diese Abgrenzung auch apologetische Funktion zur Aufrechterhaltung des bestehenden Herrschaftssystems in der DDR hat.

Das hier kurz dargelegte Problem der effizienten Allokation der Arbeitskräfte und der sachlichen Produktionsmittel in einem interdependenten volks- und wirtschaftlichen System hat neben der ökonomischen Dimension noch eine weitergehende politische und gesellschaftliche Bedeutung. Die Notwendigkeit der Einhaltung bestimmter Relationen von (optimalen) Preisen und (optimalen) Mengen und die Komplexität des volkswirtschaftlichen Gesamtsystems beschränken die Möglichkeiten effizienter sozialistischer Planung in zweifacher Hinsicht: zum einen müssen die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten (Knappheitsrelationen) bei der Planformulierung berücksichtigt werden – ein theoretisch unfundierter Planungsvoluntarismus führt zu volkswirtschaftlichen Verlusten, zu Abweichungen zwischen tatsächlichem und optimal möglichem Zustand der Volkswirtschaft. Marx und Engels haben diese Notwendigkeit einer planmäßigen „Arbeitszeitrechnung“ zwar anerkannt, aber nur für eine als kurz angesehene Übergangsperiode. Tatsächlich hat sich aus verschiedenen Gründen – nicht zuletzt dem relativ niedrigen Stand der Produktivkräfte (der Technik) in den meisten sozialistischen Ländern – diese Übergangsperiode als länger dauernd herausgestellt. Noch gravierender aber im Hinblick auf die Grundlagen der Marxschen Theorie, in der der Austausch von Gütern auf Märkten und der damit zusammenhängende Warenfetischismus grundlegend für die kapitalistische Mystifikation der tatsächlichen Verhältnisse ist, ist die zunehmende Notwendigkeit der Zulassung von Marktbeziehungen im Sozialismus, die mit der Komplexität der wirtschaftlichen Prozesse und der daraus resultierenden Unmöglichkeit einer umfassenden Planung zusammenhängt. Insofern scheint hier zumindest ein Widerspruch zwischen sozialistischer Praxis und Marxscher Theorie vorzuliegen. Zur Selbstdarstellung dieser Problematik aus marxistisch-leninistischer Sicht vgl. z. B.

○ [STEINITZ, K.: *Marx und Probleme der Rationalität sozialistischer Produktion, in: EUCHNER, W. u. SCHMIDT, A. (Hrsg.): Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre ‚Kapital‘, Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1968, S. 334–343.]*

Speziell zur Anwendbarkeit (bzw. zu der vom Autor behaupteten Nichtanwendbarkeit) der Kategorie des Warenfetischismus in den sozialistischen Ländern siehe etwa

○ [BREUER, W. M.: *Warenproduktion und Sozialismus. Zu einigen Aspekten der Diskussion über die politische Ökonomie des Sozialismus, in: Sozialistische Politik 13/1971, S. 3 ff.]*

Diese Notwendigkeit der Einbeziehung von Warenbezie-

hungen und der Beachtung von Knappheitsrelationen teilt der Sozialismus mit den entwickelten kapitalistischen Ländern. Da aber sowohl der Inhalt der gesellschaftlichen Zielsetzungen als auch die Methoden ihrer Durchsetzung sich wesentlich von denen der entwickelten westlichen Industrieländer unterscheiden, kann man hieraus wohl kaum „Konvergenztheorie“ oder eine Theorie des „Industriestaates“ ableiten. Dies wird allerdings häufig versucht (bekannteste Vertreter: J. J. Servan-Schreiber und J. K. Galbraith).

6.2 Die Prinzipien des „Neuen Ökonomischen Systems“ der DDR und ihre Weiterentwicklung

In erster Vereinfachung ergeben sich drei wichtige Bereiche für die Realisierung des NÖS:

1. Die Beziehungen zwischen der oberen Leitungsebene und den unteren Wirtschaftseinheiten → (vgl. dazu 6., Tabelle 7) sollen durch ein System ökonomischer Hebel (Gewinn, Zins, Kredit, Prämie, Löhne und Preise) zur Stimulierung einer im Sinne der Zentrale effizienten Wirtschaftsführung geregelt werden. Der Aufbau dieses Systems wurde zunächst experimentell in einigen Betrieben und Sektoren vorgeklärt und später auf die gesamte Industrie übertragen. In dieser Möglichkeit des bewußten Experiments zeigt sich ein planerischer Vorteil des sozialistischen Staates. Allerdings ist das System ökonomischer Hebel gegenwärtig noch keineswegs geschlossen, sondern oft noch widersprüchlich. Wichtigstes Kennzeichen der Reformen auf dieser Ebene ist die weitgehende Ersetzung absoluter Zahlen (insbesondere der Planmengen) durch Verhältniszahlen (insbesondere Wirtschaftlichkeitskennziffern). Dabei besteht die Frage nach der Priorität der einzelnen Kennziffern (z. B. der Gewinnvorgabe oder der Rentabilität); das auf diesen Kennziffern basierende Anreizsystem ist nicht immer widerspruchsfrei. So führen z. B. bestimmte Kennziffern (wie Arbeitsproduktivität) in der Regel zu einem starken Kapitalansatz, während andere Kennziffern (wie das Verhältnis Bruttoproduktion zur Eigenleistung) zu arbeitsintensiven Verfahren führen.

Die gegenwärtig noch nicht abgeschlossene Preisreform dient der effizienten Allokation der Ressourcen und der Widerspiegelung der gesellschaftlichen Knappheiten und soll in einem geschlossenen Preissystem vereinheitlicht werden; dabei können verschiedene Preisgruppen (Festpreise, Höchstpreise, Außenhandelspreise usw.) weiterhin nebeneinander, aber im sinnvollen Zusammenhang miteinander bestehen bleiben.

2. Der Aufbau des zentralen Planes soll durch das Zusammenwirken der Teilpläne und ihre gleitende Abstimmung aufeinander verbessert werden. Tabelle 8 zeigt das neue Modell der Planung und Leitung. Tabelle 8 (Seite 226).

Die Reform des Planungssystems entsprechend der „Richtlinie“ erfolgte in zwei Etappen: Zunächst wurde die zentrale Jahresplanung vereinfacht, was auf Grund der teilweisen Dezentralisierung der Planung auf die mittlere und untere Ebene und den Ausbau der ökonomischen Hebel relativ rasch gelang. Sodann wurde das Schwergewicht auf den Übergang zur langfristigen Perspektivplanung und ihrer Abstimmung mit der laufenden Planung gelegt. Dabei kam es zu einer raschen Entwick-

lung ökonomisch-mathematischer und statistisch-prognostischer Verfahren. Neben der Vorausschätzung langfristiger makroökonomischer Größen (Entwicklung des Sozialprodukts und seiner Komponenten) wurden auch schon Versuche gemacht, eine langfristige „perspektivische Preisplanung“ unter Vorausschätzung der Nachfrage bzw. des Bedarfs zu entwickeln.

Tabelle 9 zeigt in schematischer Form das Ablaufschema der Erstellung des Jahresplanes auf institutioneller Grundlage.

○ [Entnommen aus: *Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR*, → (6.), Tabellenwerk.] (Seite 227).

Tabelle 10 zeigt das Modellsystem der Operationsforschung, in dem zeitlich und nach Wirtschaftsbereichen eine Kopplung zwischen den Teilmodellen und dem Zentralmodell angestrebt wird. Tabelle 10 (Seite 228).

3. Mit den beiden ersten Komplexen verbunden ist die größere Selbständigkeit und „Eigenverantwortlichkeit“ der unteren Wirtschaftseinheiten, insbesondere der VVB und der VEB. Hier wurden die Befugnisse der unteren Instanzen wegen der Gefahr des Machtmißbrauchs der Manager in den VVB/VEB eher wieder eingeschränkt, und zwar im Hinblick auf zwei verschiedene Verhaltensweisen des Managements: a. ältere Manager besaßen nicht die erforderliche Qualifikation und Entscheidungsfreudigkeit; b. andere (vor allem jüngere) Manager nutzten ihre Kompetenzen entgegen den Absichten der oberen Leitungsinstanzen zu sehr aus.

6.3 Probleme der internationalen Arbeitsteilung

○ [Hierzu siehe vor allem: BRÖLL, W.: → (1.), Abschn. 8 und 9 sowie *DIW Berlin (Hrsg.):* → (1.), Abschn. 5. *Materialien 71* → (1.), insbesondere S. 6–11.]

Dieser Teilbereich hat wieder mehr deskriptiv-statistischen Charakter und sollte dementsprechend vorwiegend der Selbstarbeit des Studenten überlassen werden. Folgende Gesichtspunkte sollten für die Diskussion festgehalten werden:

1. Die Neuorientierung der DDR-Wirtschaft in den Wirtschaftsraum des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RgW, Comecon), in dem Länder mit durchschnittlich niedrigerer Entwicklung vorherrschen und von denen deshalb wenig Wachstumsimpulse auf die hochentwickelte DDR-Industrie ausgingen.

2. Daneben die weiterhin im Interzonenhandel bestehende Verbindung zum westdeutschen Wirtschaftsraum, die allerdings trotz absoluten Wachstums anteilmäßig an Bedeutung verliert. Dabei entsteht die politische Problematik, daß die DDR über den Interzonenhandel faktisch an die EWG assoziiert ist (da Interzonenhandel bisher noch rechtlich als Binnenhandel gilt). Tabelle 11 zeigt die Entwicklung des innerdeutschen Handels und die Warenstruktur, Tabelle 12 den Anteil der sozialistischen Länder am Außenhandel des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.

Auffällig ist an der Warenstruktur des Interzonenhandels, daß die DDR mehr Verbrauchsgüter lieferte und mehr Maschinenbauerzeugnisse bezog, was die bereits geschilderte Industriestruktur der DDR → (4.) quantitativ illustriert. Tabellen 11 und 12 (Seite 229).

3. Durch die Preisreformen des NÖS ist das Preissy-

stem der DDR in doppelter Hinsicht mit den Weltmarktpreisen verbunden worden: Erstens werden die zentral geplanten Preise gerade für qualitativ hochwertige Erzeugnisse jetzt stärker an den Weltmarktpreisen orientiert, und zweitens werden Lieferungen und Bezüge im Außenhandel (entweder von den größeren Firmen direkt oder über die Außenhandelsgesellschaften) zu Weltmarktpreisen berechnet.

7. Zukunftsaussichten der DDR-Wirtschaft

Dieser Lernschritt basiert auf der Analyse der bestehenden Situation wie sie in den ersten vier Lernschritten entwickelt worden ist, und soll, vor allem durch Diskussion im Unterricht, die Zukunftsaussichten der DDR-Wirtschaft im Zusammenhang mit der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung untersuchen.

○ [Dazu wird folgende Literatur empfohlen:

BRÖLL, W.: → (1.), insbesondere Abschn. 10.

LEPTIN, G.: → (1.), insbesondere Abschn. D.

DIW Berlin (Hrsg.): → (1.), Abschn. 6.

Ergänzend: *BAUMANN, M.:* → (6.), insbesondere Abschn. 3.]

Wichtig ist hierbei die Integration verschiedener Betrachtungsweisen (soziologische, politologische und ökonomische Aspekte). Folgende Diskussionsschwerpunkte werden für diesen Lernschritt vorgeschlagen.

7.1 Bewertung des Neuen Ökonomischen Systems

Es sollte im Zusammenhang von wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Entwicklung gesehen werden. Dazu sollte man sich nochmals die ökonomisch-gesellschaftlichen Bedingungen für die Einführung der Wirtschaftsreformen und die spezifischen Grenzen der Reformen klarmachen. Tabelle 13 gibt einen Überblick über die verschiedenen Maßnahmen des NÖS. Die Gründe dafür, daß trotz der Wirtschaftsreformen eine echte Dezentralisierung nicht stattgefunden hat, müssen dabei aus dem politischen System, dem Beharrungsvermögen der etablierten Planungsbürokratie und einer einseitigen Interpretation des Sozialismus abgeleitet werden. Trotz aller Fortschritte, welche die DDR-Wirtschaft seit Einführung der Reformen in ökonomischer Hinsicht erzielt hat, erscheint es fraglich, ob die bisherige Situation mit ihren widersprüchlichen und konteragierenden Tendenzen langfristig aufrechterhalten werden kann. Tabelle 13 (Seite 230).

7.2 Die langfristigen Entwicklungsaussichten der DDR-Wirtschaft

Nachdem die Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft auf den neuen wirtschaftlichen politischen Raum abgeschlossen worden ist, werden die Zukunftsaussichten der DDR-Wirtschaft im allgemeinen positiv beurteilt; wichtigstes Problem bleibt die schmale Energie- und Rohstoffbasis, die im Moment, neben der Arbeitskräfteknappheit, am stärksten die ökonomische Expansion bremst. Daneben werden die wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen bestimmt werden durch die Entwicklung des internationalen Ost-West-Gegensatzes einerseits und durch die politisch-gesellschaftliche Entwicklung innerhalb der DDR selbst. Strittig und kaum zu beantworten ist derzeit die Frage, ob das politische System der DDR in Zukunft stärker von Fachleuten bzw. Technokraten geprägt sein wird (im Gegensatz zu den „Dogmatikern“). Es sprechen indessen viele Anzeichen dafür, daß dieser vorwiegend in der westlichen Literatur behauptete Gegensatz keine entscheidende Bedeutung hat. So gilt z. B. der Wirtschaftsfachmann und NÖS-Mitbegründer Günter Mittag politisch als „Dogmatiker“ in der DDR. Eng damit verbunden ist die Frage, ob nicht bestimmte objektive Entwicklungen – wie Arbeitskräfteknappheit, steigender Le-

bensstandard, Liberalisierungstendenzen in anderen Ostblockländern – zu einer stärkeren wirtschaftlichen und politischen Dezentralisierung führen werden.

7.3 Politische Perspektiven

Im Zusammenhang mit der steigenden ökonomischen Bedeutung der DDR im Ostblock ist die Frage zu diskutieren, inwieweit in Zukunft die DDR neben der Sowjetunion zu einer osteuropäischen Führungsmacht werden könnte; bestimmte Selbständigkeitsbestrebungen der DDR deuten in diese Richtung. Ironischerweise gleicht diese Fragestellung in einiger Hinsicht dem bundesrepublikanischen Problem des „ökonomischen Riesen – politischen Zwergs“.

Die Aussichten auf eine Wiedervereinigung oder auch nur Annäherung der beiden Teile Deutschlands müssen nach übereinstimmendem Urteil in der Literatur als sehr gering bezeichnet werden. Dagegen besteht eine gewisse Aussicht dafür, daß ein politisches „geregeltes Nebeneinander“ die Wirtschaftskraft beider deutscher Staaten noch verstärken wird → (Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland).

7.4 Nachträge

Das vorliegende Manuskript wurde im August 1971 im wesentlichen abgeschlossen. Ein Vergleich der damaligen ökonomischen Situation und der daraus abgeleiteten Entwicklungsperspektiven mit der Lage im Jahr 1974 ergibt eine weitgehende Übereinstimmung. Dennoch erscheint es geboten, einige wichtige Veränderungen in der Entwicklung der DDR-Wirtschaft und einige Ergänzungen an relevanter Literatur nachzutragen. Wir beschränken uns dabei auf einige knappe, enumerativ aufgeführte Hinweise:

1. Größere Veränderungen haben im Bereich der Eigentumsformen in Industrie und Handwerk stattgefunden, so daß die Tabelle 2 nur noch historischen Wert hat. Die bislang noch ins Gewicht fallenden Anteile halbstaatlicher und privater Eigentumsformen in der Industrie (9% bzw. 2% im Jahre 1963), sind im Rahmen einer Vollsozialisierungskampagne auf nahezu Null gesunken. Da diese Unternehmen bereits weitgehend in das staatliche Planungssystem integriert waren, ergeben sich daraus keine bedeutenden Veränderungen im Wirtschaftsablauf. Ebenso ist im Handwerk die Form der „Produktionsgenossenschaften des Handwerks“ (PGH) inzwischen vorherrschend geworden.

2. Auf der politischen Ebene haben sich bedeutsame Wandlungen durch die vertragliche Regelung der innerdeutschen Beziehungen und die zunehmende internationale Anerkennung der DDR ergeben. Inwieweit aber das Viermächteabkommen über Westberlin, der Abschluß des Verkehrsvertrages und des Grundvertrages zwischen der DDR und der Bundesrepublik und die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen nachhaltige Rückwirkungen auf die Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft in der DDR haben werden, läßt sich im gegenwärtigen Zeitpunkt kaum abschätzen. Allerdings wird bereits jetzt das Bestreben erkennbar, das befürchtete oder tatsächliche Eindringen sozialdemokratischer Ideen und Vorstellungen, des sog. „Sozialde-

mokratismus“, durch eine scharfe ideologische Abgrenzung zu verhindern.

3. In dem seit der Manuskriptabfassung vergangenen Zeitraum hat sich gleichfalls die Literatur über Wirtschaft und Gesellschaft der DDR beträchtlich erweitert. Neben traditionell antikommunistischen und andererseits apologetisch-„marxistischen“ Publikationen, die wenig neue Information bringen, sind vor allem einige Veröffentlichungen von Vertretern des sog. „kritischen Rationalismus“ erwähnenswert.

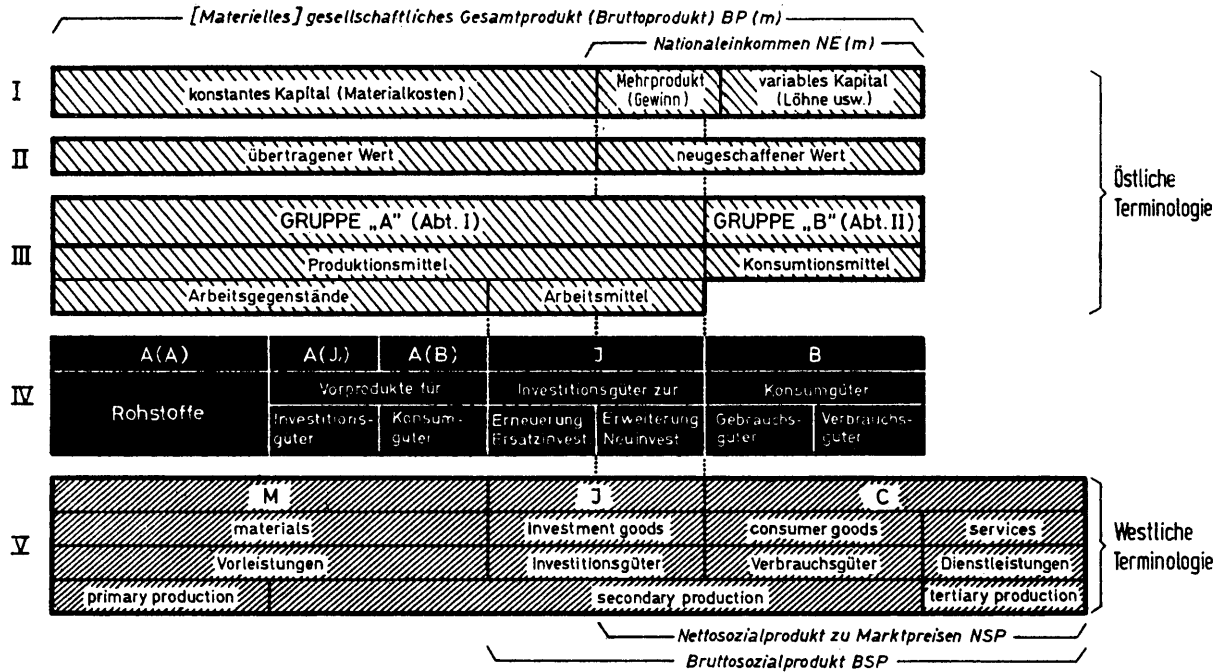
Den interessanten Versuch, die DDR an ihrem eigenen Selbstverständnis und an ihren proklamierten Zielen zu messen, macht auf der Basis eines emanzipatorisch verstandenen kritischen Rationalismus das als Ergänzungs- und Vertiefungslektüre empfehlenswerte Buch: ○ [THOMAS, R.: *Modell DDR. Die kalkulierte Emanzipation (Reihe Hanser 108)*. München: Carl Hanser Verlag 1972.]

Dieser Band berichtet in kurzen Abschnitten über politisches System, Gesellschaftsordnung, Wirtschaft, Bildung und Kultur sowie Außenpolitik. Die Darstellung wird ergänzt durch Abdruck von Dokumenten, Tabellen und Kurzbiographien sowie ein aktuelles und ausführliches Literaturverzeichnis, aus dem weiterführende Literaturhinweise (z. B. Neuveröffentlichungen von C. P. Ludz) entnommen werden können. Eine kurze Zeittafel gibt schließlich einen skizzenhaften Überblick über die historische Entwicklung der DDR.

Als relativ neue Erscheinung auf dem Buchmarkt sind schließlich noch Publikationen linker Autoren bemerkenswert, die eine Kritik der DDR „von links“ versuchen. Diese Bücher haben für den deutschlandkundlichen Unterricht nur begrenzten Wert, nicht zuletzt deswegen, weil sie von einer dogmatischen Marxismus-Interpretation ausgehen und daher auch erhebliche Vorkenntnisse in marxistischer Theorie erfordern. Als ein dokumentarisches Beispiel für mehrere sei hier auf folgendes Buch verwiesen: ○ [FREIER, U./LIEBER, P.: *Politische Ökonomie des Sozialismus in der DDR*. Frankfurt/M.: Makol-Verlag 1972].

Inhalt und gegenseitige Beziehungen der östlichen und westlichen gesamtwirtschaftlichen Begriffe (Produktionsseite)

Tabelle 1



Quelle: Ernst Eisendrath, Brutto- und Nettoprinzip in der westlichen und östlichen Wirtschaftsforschung. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 1964, S. 198.

○ [Quelle: DDR-Wirtschaft. Eine Bestandsaufnahme. Hrsg.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Fischer Handbücher, Nr. 6259. Frankfurt/M. 1974.]

Tabelle 2
%o-Anteile der Eigentumsformen an dem sektoralen Beitrag zum Brutto-Sozialprodukt (1963)

	Industrie	Handwerk	Land- und Forstwirtschaft	Handel
volkseigen (staatlich)	86	17	17	39
genossenschaftlich	3	30	73	43
halbstaatl.	9	—	—	8
privat	2	70	10	11
	100	100	100	100

○ [Quelle: 4. Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, 1961/65, Bonn/Berlin 1965 — Zahlen gerundet].

Tabelle 3

	1960	1965	1969
Industrie	47,4	49,8	51,1
Bauwirtschaft	5,7	6,0	6,9
Landwirtschaft	13,1	10,9	8,9
Verkehr, Post, Fernmeldewesen	5,1	5,1	5,0
Handel	9,9	9,4	9,3
Dienstleistungen	18,8	18,8	18,8
Bruttosozialprodukt	100,0	100,0	100,0
Abschreibungen	7,4	8,7	9,7
Nettosozialprodukt	92,6	91,3	90,3

○ [Quelle: DDR-Wirtschaft. Eine Bestandsaufnahme. Hrsg.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Fischer Handbücher, Nr. 6259. Frankfurt/M. 1974.]

Tabelle 4 a

Ökonomische Substanzgewinne und Verluste der BRD und DDR
in den Nachkriegsperioden 1945/50 und 1951/61 (in Mrd. Mark)

Verluste	1945/50		1951/61	
	BRD	DDR	BRD	DDR
Direkte Kriegsschäden	2,8	3,5	—	—
Demontagen	4,4	6,9	—	—
Besatzungskosten	16,0	10,0	—	—
Kriegsfolgelasten (Reparationen)	0,3	24,0	11,0	8,4
Außenhandelsverluste (Preisdiskriminierung)	0,4	1,0	—	6,6
Akkumulationsverluste durch Abwanderung	—	1,7	—	36,2
Verluste durch Geldtransfer	0,4	2,0	1,5	6,4
Zusätzlicher Baukostenaufwand	—	—	18,0	—
insgesamt	24,3	49,1	30,5	57,6
Pro-rata-Wert der BRD		10,0		—
Beträge:				
1945/50 = 41 %				
1951/61 = 38 %		—		11,6
Saldo		39,1		46,0
Gewinne				
Auslandshilfe	17,6	—	—	—
Akkumulationsgewinn				
durch Vertriebene	5,9	2,8	61,0	23,4
durch Zugewanderte	2,6	—	37,9	—
insgesamt	26,1	2,8	98,9	23,4
Pro-rata-Wert der BRD		10,7		—
Beträge:				
1945/50 = 41 %				
1951/61 = 38 %		—		37,6
Saldo		7,9		14,2
Gesamter Substanzeffekt		47,0		60,2

○ [Quelle: Zusammengestellte und ergänzte Berechnungen von: APEL, H. → (1.), (S. 252), entnommen aus: BRÖLL, W.: → (1.)]

Tabelle 4 b

Elektroenergie-Erzeugung
in der DDR
nach Energieträgern

	in GWh			in v. H.		
	1955	1967	1968	1955	1967	1968
Rohbraunkohle	18 140	48 571	51 989	63,2	81,4	82,2
Braunkohlenschwelkoks	4 124	3 466	—	14,4	5,8	—
Braunkohlenbriketts	2 589	1 484	1 397	9,0	2,5	2,2
auf Braunkohlenbasis						
insgesamt				86,6	89,7	(84,4)
Steinkohle	1 740	1 305	1 147	6,1	2,2	1,8
Mineralöl	28	1 267	1 383	0,1	2,1	2,2
Wasserkraft	500	1 060	1 197	1,7	1,8	1,9
Sonstige	1 340	1 862	6 115	4,7	3,1	9,7

○ [Quelle: Statistische Jahrbücher der DDR für 1967 und 1969, entnommen aus: BRÖLL, W.: → (1.), Tabellenanhang]

Tabelle 4 c

Die Altersstruktur der Bevölkerung
in der DDR (in %)

Jahr	Kinder unter 15 J.	Erwerbsfähige Personen	Personen im Rentenalter
1960	21,0	61,3	17,6
1961	21,8	60,3	18,0
1962	22,3	59,6	18,1
1963	22,7	59,0	18,2
1964	23,2	58,4	18,4
1965	23,2	58,2	18,6
1966	23,2	58,0	18,8
1967	23,1	57,8	19,1
1968	22,9	57,8	19,3

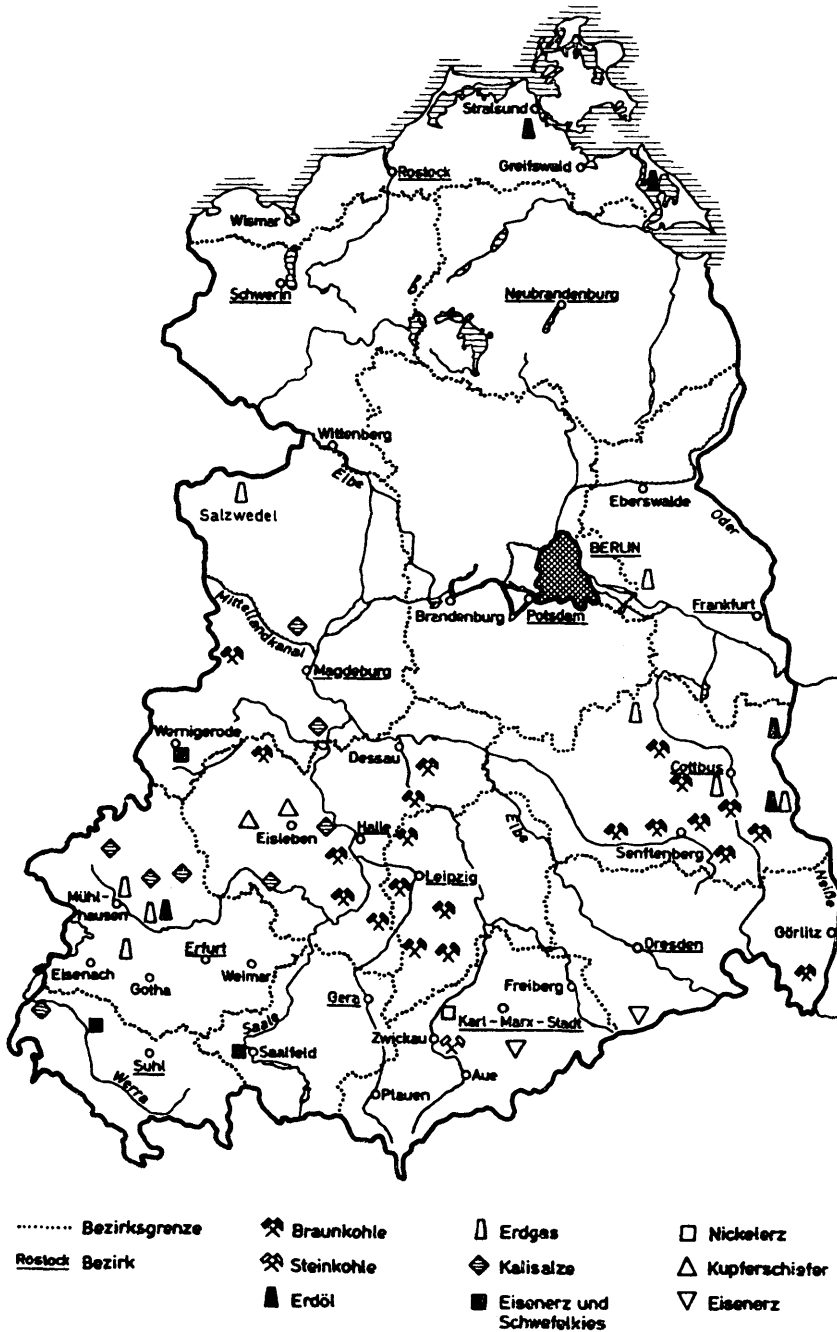
○ [Quelle: *Statistisches Jahrbuch der DDR 1969, Berlin 1969, S. 436, entnommen aus: BRÖLL, W.: → (1.), Tabellenanhang*]

Tabelle 4 d

Verkehrswege

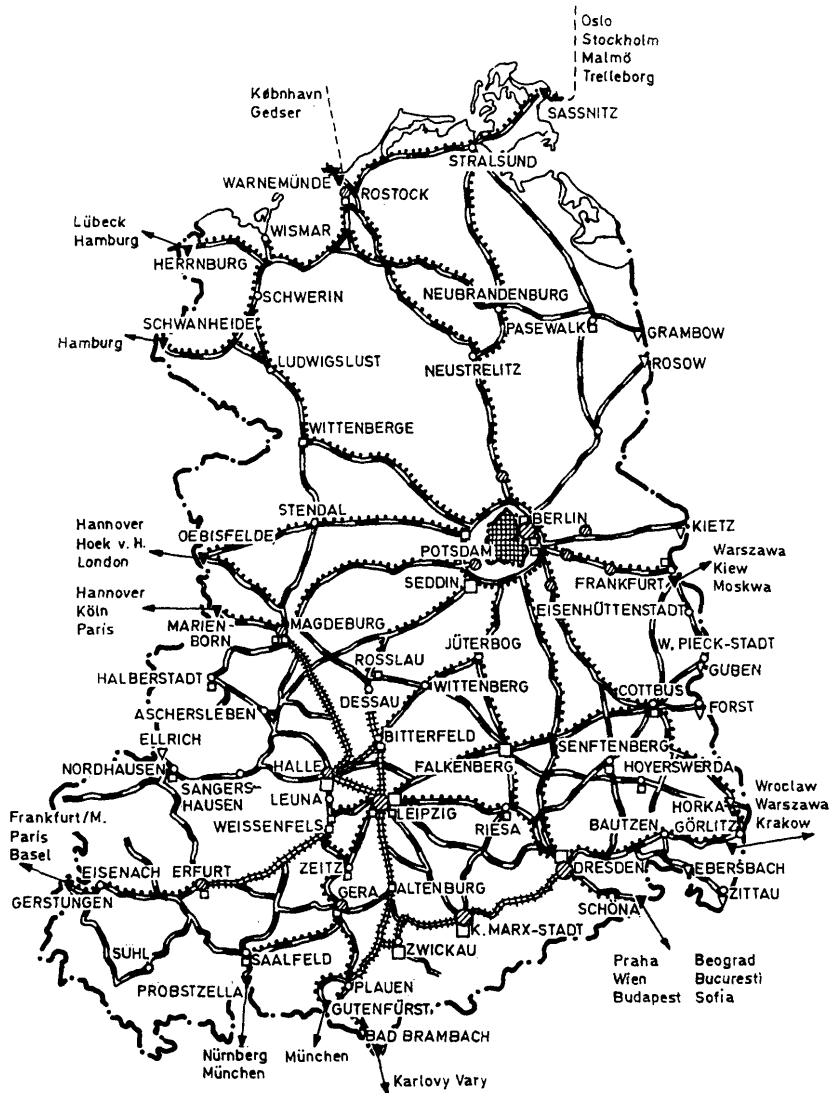
	1950	1955	1960	1965	1969
Eisenbahnstrecken in km	15 945	16 134	16 174	15 930	14 909
dar. Hauptbahnen	–	–	7 362	7 436	7 309
elektrifiziert	–	–	–	1 057	1 285
Schiffbare Flüsse und Kanäle in km	–	2 643	2 644	2 519	2 519
dar. für Schiffe über 300 t	–	–	–	1 742	1 742
Straßennetz in 1000 km					
Autobahnen	–	1,4	1,4	1,4	1,4
Fernstraßen	–	11	11	11	11
Landstraßen I. u. II. Ordnung	–	35	33	33	33
Gemeindestraßen	–	–	–	–	57
Rohrfernleitung in km	–	–	–	27	649

○ [Quellen: *Statistische Jahrbücher und Statistische Taschenbücher der DDR, entnommen aus: DIW Berlin (Hrsg.): → (1.), DDR-Wirtschaft, a. a. O., S. 48.*]



DIW 74

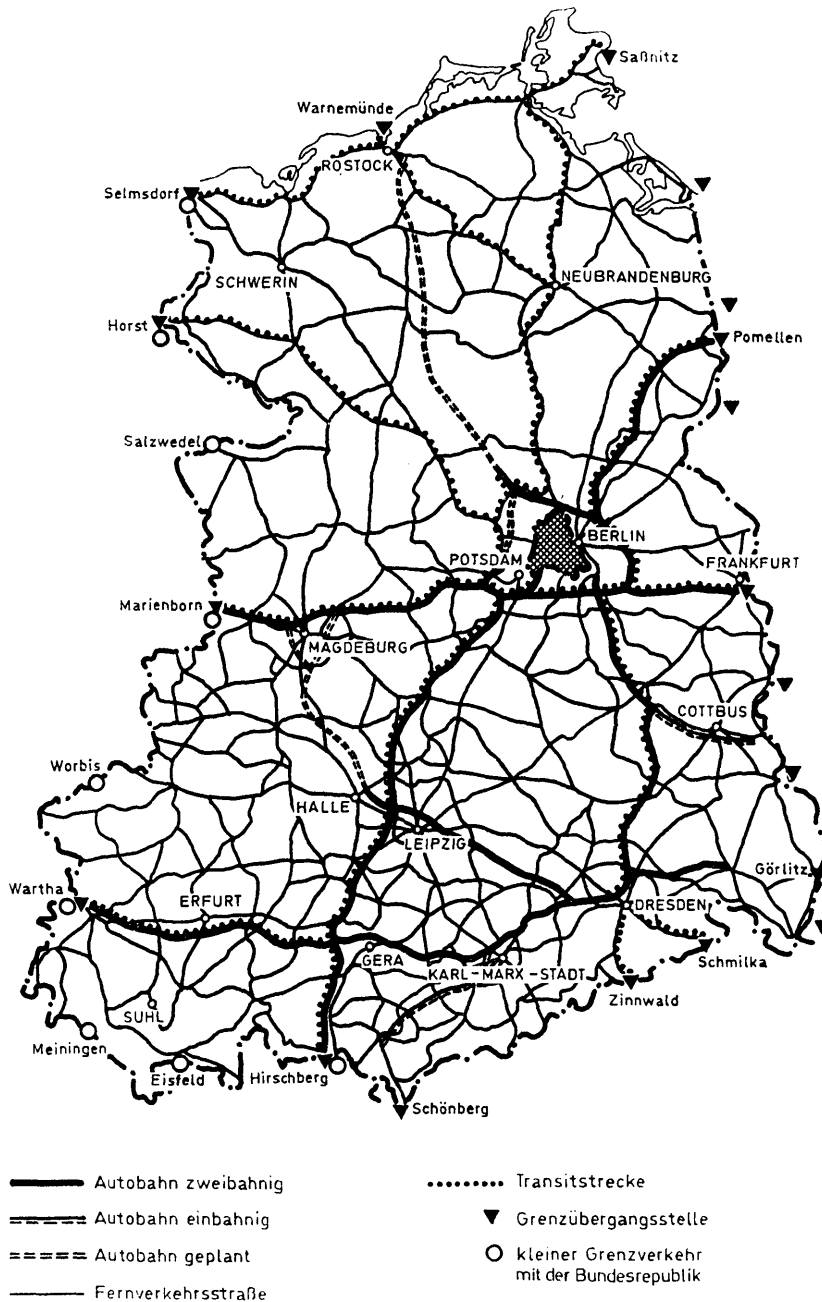
○ [Quelle: DDR-Wirtschaft. Eine Bestandsaufnahme. Hrsg.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Fischer Handbücher, Nr. 6259. Frankfurt/M. 1974.]



- | | |
|---|--|
| <p>— Hauptbahn</p> <p>▨ Elektrifizierte Strecke</p> <p>⋯ Internat. Reise- bzw. Güterzugverb.</p> <p>- - - Fährverbindung</p> <p>WICHTIGE PERSONENBAHNHÖFE (Stand 1967)</p> <p>⊗ > 3 Mio. Fahrkarten/Jahr</p> <p>⊙ 2-3 Mio. Fahrkarten/Jahr</p> | <p>WICHTIGE RANGIERBAHNHÖFE (Stand 1967)</p> <p>□ > 1 Mio. Wagen Rangierleistung/Jahr</p> <p>◻ 0,5-1 Mio. Wagen Rangierleistung/Jahr</p> <p>GRENZBAHNHÖFE</p> <p>▼ Grenzübergang für Personen- u. Güterverk.</p> <p>▽ Grenzübergang für Güterverkehr</p> <p>⚓ Eisenbahnfährafen</p> |
|---|--|

DIW 74

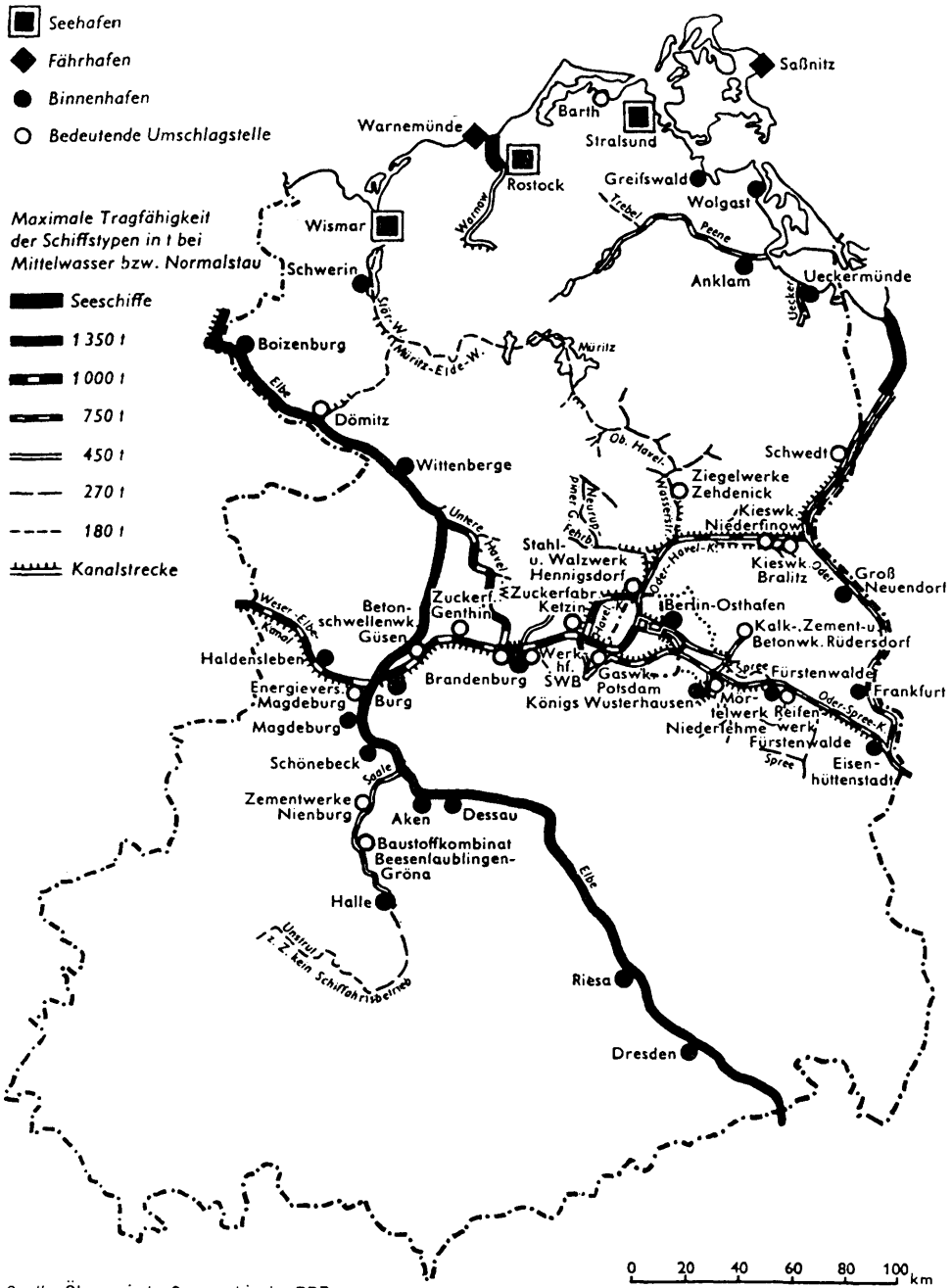
○ [Quelle: DDR-Wirtschaft. Eine Bestandsaufnahme. Hrsg.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Fischer Handbücher, Nr. 6259. Frankfurt/M. 1974.]



Quelle: *Ökonomische Geographie der DDR.*

DIW 74

○ [Quelle: *DDR-Wirtschaft. Eine Bestandsaufnahme.* Hrsg.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Fischer Handbücher, Nr. 6259. Frankfurt/M. 1974.]



Quelle: Ökonomische Geographie der DDR

DIW 74

○ [Quelle: DDR-Wirtschaft. Eine Bestandsaufnahme. Hrsg.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Fischer Handbücher, Nr. 6259. Frankfurt/M. 1974.]

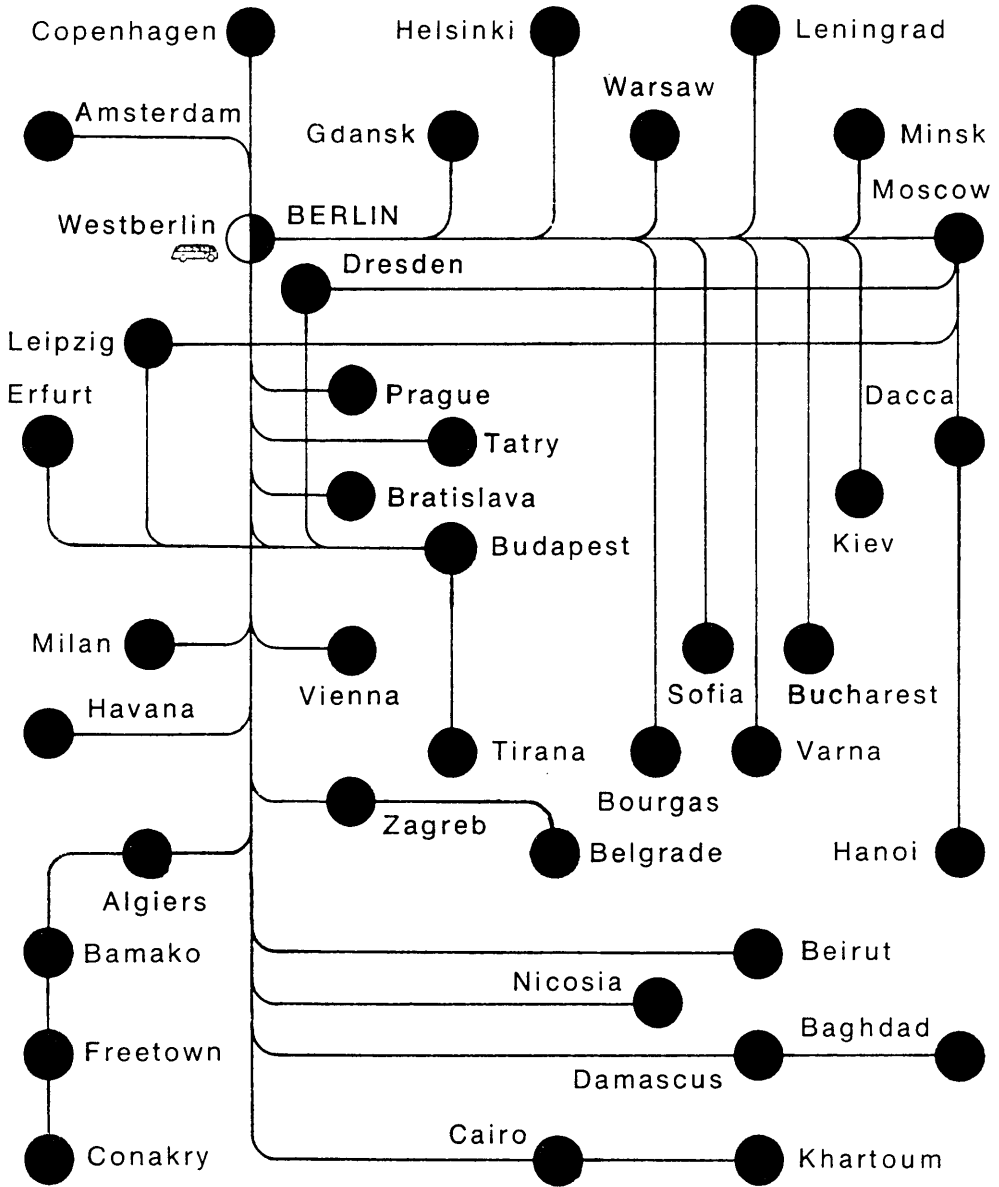


Tabelle 5	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965
Gesellschaftliches Gesamtprodukt (– BSP)	7	12	10,9	6,2	4,1	3,9	3,1	5,5	
Nationaleinkommen (– Volkseinkommen)			8,5	4,5	3,3	2,1	2,7	6,0	
Privater Konsum	7,5	7,8	8,6	5,2	4,6	–0,4	0,6	3,0	
Bruttoanlageinvestitionen			16,3	10,4		1,8	5,4	5,8	10
Landwirtschaftl. Bruttoproduktion			3,3	6,3	–1,5	–2,3	12,3	6,5	

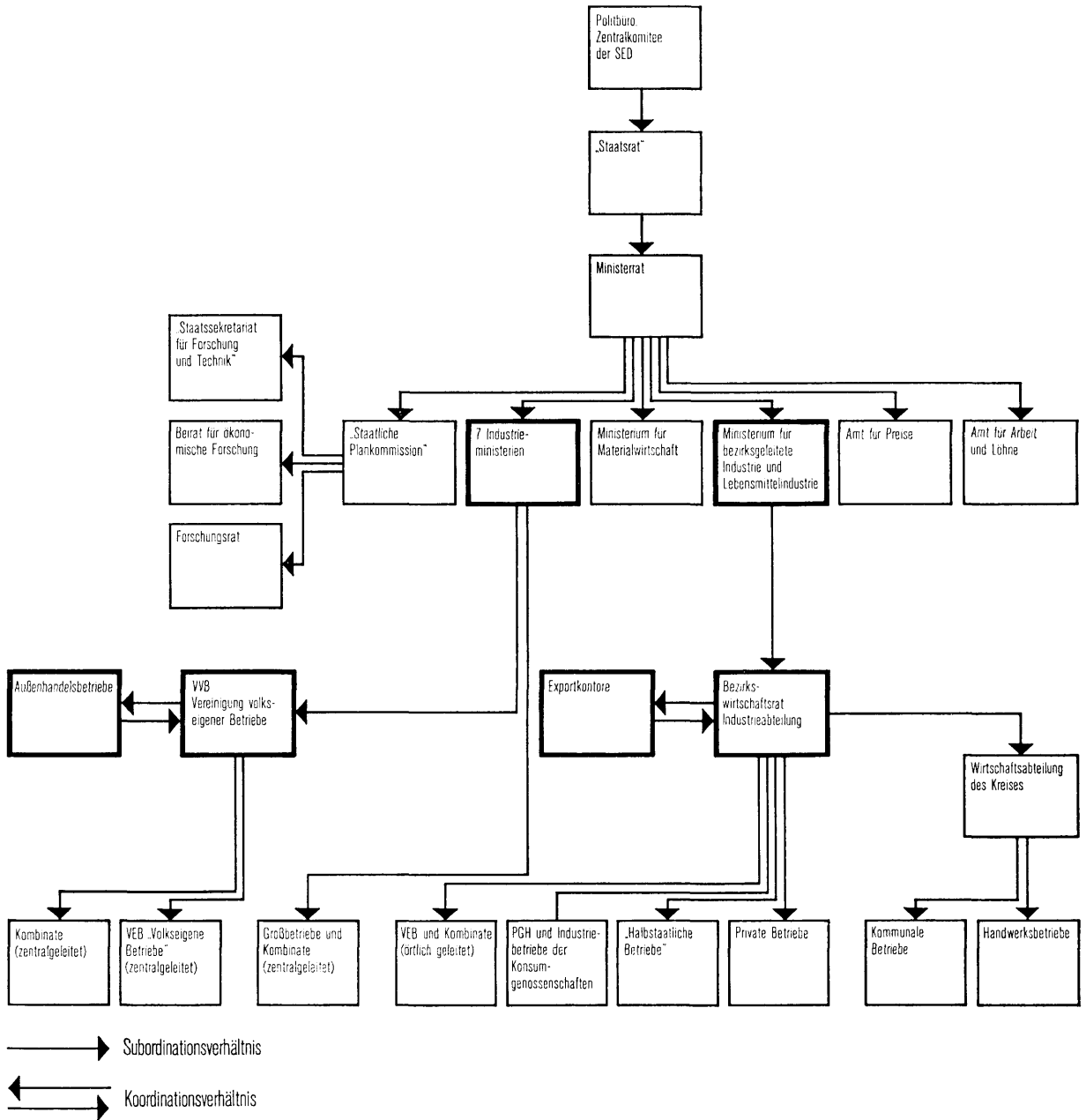
○ [Quelle: SEIDLER, H.: *Die gegenwärtigen Grundtendenzen der Wirtschaft Mitteldeutschlands, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, DiW 1965, S. 235 ff. u. a.*]

Tabelle 6

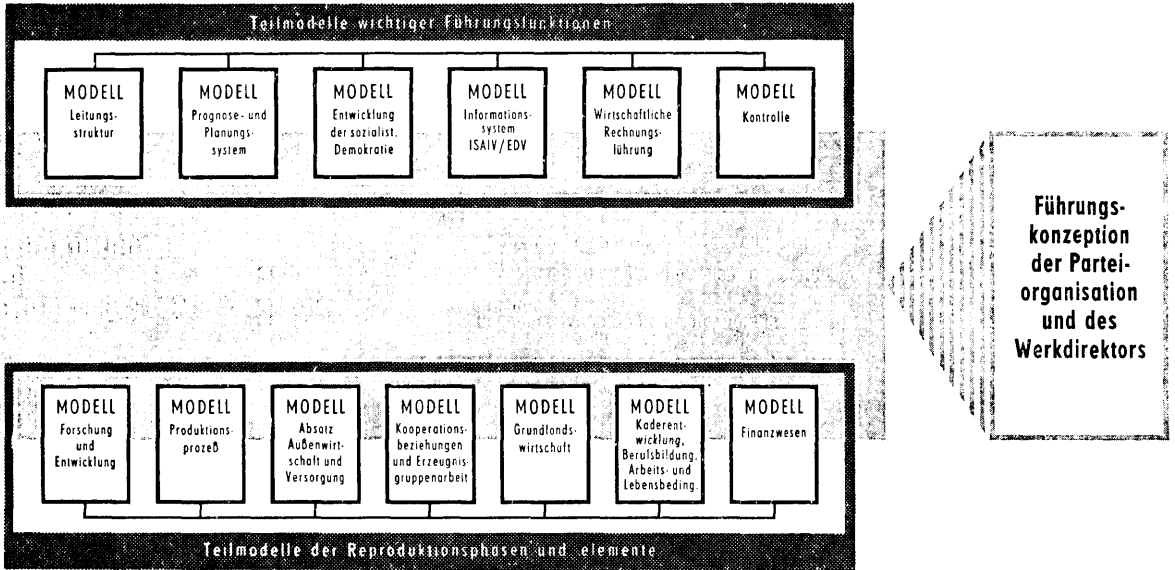
Die Volkswirtschaftspläne der DDR
(Wertangaben in Mark)

	Nationaleinkommen (Nettoprodukt)	Industrielle Bruttoproduktion	Waren für die Bevölkerung
Erster Fünfjahrplan (1951–1955)			
Geplante Zuwachsrate	–	90 % (13,7 % p. a.)	37 % (6,5 % p. a.)
Ausgangsbasis 1950	30,3 Mrd.	23,0 Mrd.	19,7 Mrd.
Soll 1955	–	43,8 Mrd.	27,0 Mrd.
Ist 1955	52,6 Mrd.	46,2 Mrd.	31,6 Mrd.
Zweiter Fünfjahrplan (1956–1960)			
Geplante Zuwachsrate	–	38 % (6,7 % p. a.)	26 % (4,8 % p. a.)
Ausgangsbasis 1955	52,6 Mrd.	46,2 Mrd.	31,6 Mrd.
Soll 1960	–	63,6 Mrd.	40,0 Mrd.
Ist 1960	73,6 Mrd.	71,0 Mrd.	45,0 Mrd.
Erster Siebenjahrplan (1959–1965) (1963 faktisch aufgegeben)			
Geplante Zuwachsrate	59 % (6,9 % p. a.)	88 % (9,5 % p. a.)	67 % (7,6 % p. a.)
Ausgangsbasis 1958	63,0 Mrd.	58,5 Mrd.	39,6 Mrd.
Soll 1965	100,0 Mrd.	110,0 Mrd.	66,0 Mrd.
Ist 1965	82,8 Mrd.	88,9 Mrd.	51,1 Mrd.
Zweiter Siebenjahrplan (1964–1970) (durch Perspektivplan faktisch ersetzt)			
Geplante Zuwachsrate	35 % (4,4 % p. a.)	60 % (7,0 % p. a.)	25 % (3,3 % p. a.)
Ausgangsbasis 1963	76,7 Mrd.	81,5 Mrd.	48,6 Mrd.
Soll 1970	104,0 Mrd.	130,4 Mrd.	60,8 Mrd.
Perspektivplan bis 1970 (1966–1970)			
Geplante Zuwachsrate	30 % (5,4 % p. a.)	38,5 % (6,8 % p. a.)	21,3 % (4,0 % p. a.)
Ausgangsbasis 1965	82,8 Mrd.	88,9 Mrd.	51,1 Mrd.
Soll 1970	107,6 Mrd.	123,1 Mrd.	62,0 Mrd.

○ [Quellen: *Beschluß des III. Parteitag der SED über den Fünfjahrplan, Gesetz über den zweiten Fünfjahrplan, Gesetz über den Siebenjahrplan, Protokoll des VI. Parteitag der SED, Erlasse des Staatsrates über die Volkswirtschaftspläne 1964–67, Statistische Jahrbücher. Entnommen aus: BRÖLL, W.: → (1.), S. 146/147.*]



Die Modelle der Planung und Leitung müssen die komplexe Gestaltung aller Seiten des Reproduktionsprozesses unter aktiver Teilnahme der Werkföigen mit dem Ziel höchster Effektivität sichern

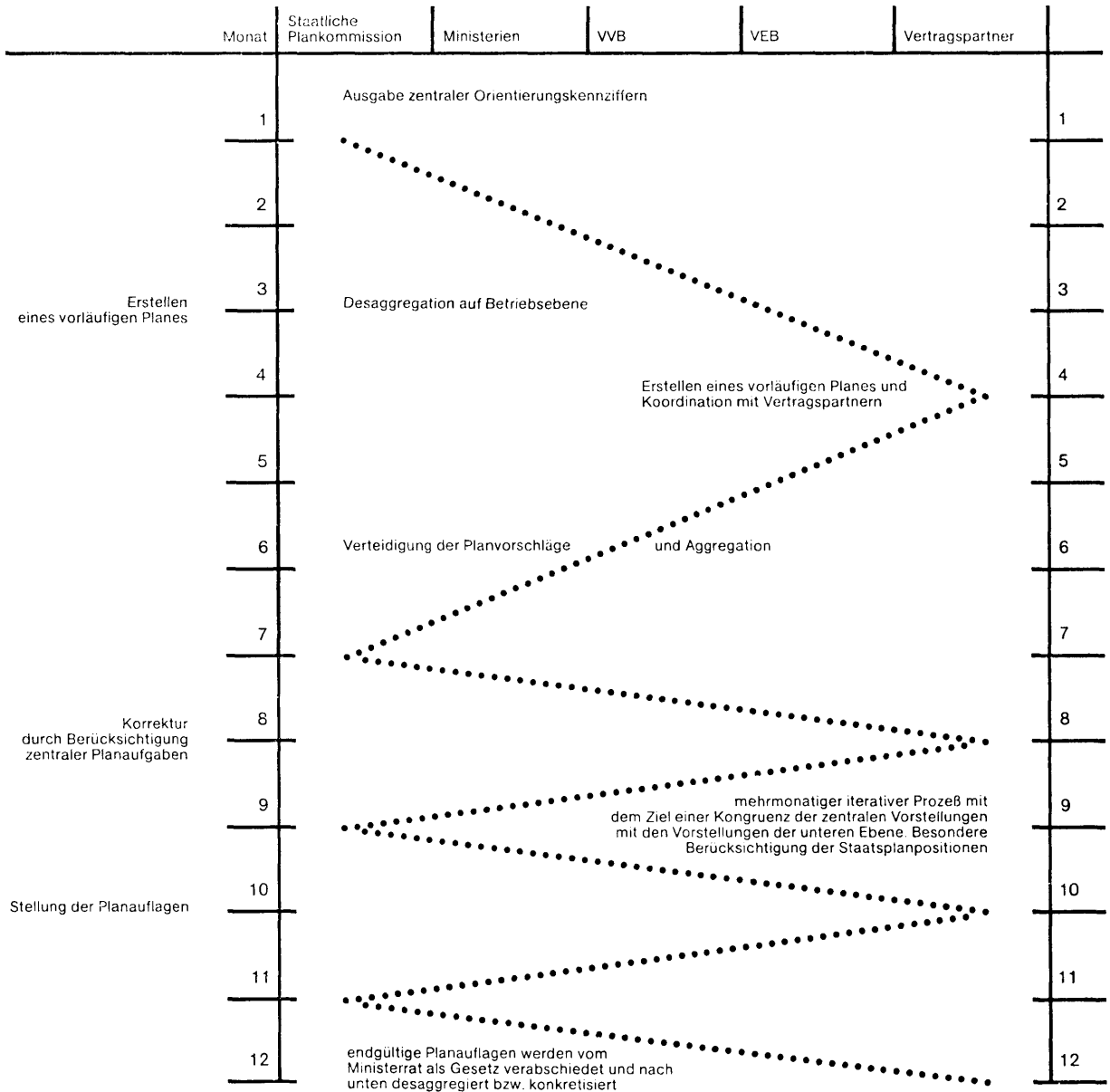


Die entscheidenden Aufgaben, Beziehungen und Regelungen der Teilmodelle werden vom Grundmodell des Modellsystems bestimmt

○ [Entnommen aus: *Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR*, → (6.), Tabellenwerk.]

Tabelle 9
Ablaufschema der Erstellung
des Jahresplanes ab 1965

Stark vereinfachtes Ablaufschema
 der Erstellung des Jahresplanes ab 1965





○ [Entnommen aus: *Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR*, → (6.), Tabellenwerk.]

Tabelle 11

Der innerdeutsche Handel 1958 bis 1968

Lieferungen der BRD und Westberlins	1958	1960	1962	1964	1966	1968
Insgesamt in Mrd. VE	0,80	0,96	0,85	1,15	1,62	1,43
Davon entfielen auf (in %)						
Bergbauerzeugnisse	5	4	5	7	2	2
Grundstoffe und Produktionsgüter	46	48	53	43	47	50
dar.: Eisen und Stahl	28	28	39	20	21	13
Chemische Produkte	13	15	9	19	22	25
Investitionsgüter	23	26	15	19	19	23
dar.: Maschinenbauerzeugnisse	13	14	7	13	14	13
Landwirtschaftliche Produkte	19	12	20	22	22	16
Verbrauchsgüter	6	9	8	8	9	9

Bezüge der BRD und Westberlins

	1958	1960	1962	1964	1966	1968
Insgesamt in Mrd. VE	0,86	1,12	0,91	1,03	1,34	1,44
Davon entfielen auf (in %)						
Bergbauerzeugnisse	28	24	26	25	13	8
Grundstoffe und Produktionsgüter	31	31	33	21	20	22
dar.: Mineralölerzeugnisse	16	19	22	6	5	1
Chemische Produkte	9	8	6	9	7	9
Investitionsgüter	10	9	9	12	11	13
dar.: Maschinenbauerzeugnisse	6	7	6	6	5	5
Landwirtschaftliche Produkte	14	16	13	17	28	24
Verbrauchsgüter	17	19	18	25	27	32
dar.: Textilien und Bekleidung	11	13	11	18	18	20

○ [Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie F, Reihe 6 „Warenverkehr zwischen den Währungsgebieten der DM-West und der DM-Ost“ für die verschiedenen Jahrgänge.]

Tabelle 12

Anteil des Ostblocks am gesamten Außenhandel des Deutschen Reiches, der BRD und DDR	Deutsches Reich		BRD (ohne innerdeutschen Handel)		DDR (ohne innerdeutschen Handel)		BRD und DDR (ohne innerdeutschen Handel)	
	1936 in Mrd. RM	1936 Anteil in %	1966 in Mrd. DM	1966 Anteil in %	1966 in Mrd. Valuta-Mark	1966 Anteil in %	1966 in Mrd. DM	1966 Anteil in %
Importe insgesamt	5,5		72,7		12,0		84,1	
Ostblockanteil	0,9	16,4	3,7	5,1	9,7	81,0	12,9	15,3
dar.: RgW-Anteil	–	–	2,8	3,8	9,3	77,5	11,6	13,8
Exporte insgesamt	5,9		80,6		12,2		92,2	
Ostblockanteil	0,9	15,3	4,1	5,1	10,0	82,0	13,6	14,7
dar.: RgW-Anteil	–	–	2,8	3,4	9,1	74,6	11,4	12,3

○ [Quellen: Statistische Jahrbücher der Bundesrepublik Deutschland und der DDR für 1965, sowie Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Fachserie G, Außenhandel, Reihe 7, Sonderbeiträge, Der Handel mit den Ostblockländern 1962–64, S. 7.]

○ [Entnommen aus: BRÖLL, W. → (1.), Tabellenanhang.]

Überblick über die verschiedenen
Maßnahmen des NÖS – angegeben ist der Zeitpunkt
des Inkrafttretens – (bis auf besondere Angaben)

Jahr	Volkswirtschaftsplanung	VVB/VEB	Ökonomische Hebel
1963	Umorganisation der zentralen Planungsstellen		Neubewertung der Grundmittel
1964		Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung nach der Richtlinie Investitionsverordnung	neues Lohnsystem Beginn der Preisreform Modifikation der ök. Hebel
1965	Vertragsgesetz		
1966	Umorganisation der Planungsspitze Beginn des Fünfjahrplans 1966–70	Einführung der Nettogewinnabführung Entwürfe: VEB-Verordnung VVB-Verordnung	PFA für einige Betriebe einheitliche Jahresendprämie Hebel für harte Pläne
1967	Veränderungen in der Planungsmethodik (ab 65)	Erlaß der VEB-VO neue Organisationsformen	PFA für alle Betriebe (diff.) Abschluß der Preisreform
1968	Bilanzverordnung	Investitionsverordnung Bankenreform	einheitliches Rechnungswesen inkl. Statistik Preisänderungen für einige Industriegüter
1969	Vorbereitungen zur Einführung der neuen Perspektivplanung vereinfachte Jahresplanung		Industriepreisregelsystem Einführung fondsbezogener Preise einheitliches Betriebsergebnis
1970			
1971	Beginn der neuen Perspektivplanung		PFA einheitlich 6 % PFA = Produktionsfondsabgabe